



HIER SPRICHT GOVANNI, GENERAL DER RESERVE...!
 BEI MIR IN DEN FIAT-WERKE IST DER TEUFEL LOS!
 DIE ARBEITER ZERSTÖREN SYSTEMATISCH DIE FÖRDERBÄNDER!
 VOR 1 JAHR FING'S IN DEN UNIVERSITÄTEN AN — DAMALS HABEN WIR NICHTS UNTERNOHMEN — JETZT HABEN WIR DIE REVOLUTION IN DEN FABRIKEN!
 WENN IHR NICHT ENDLICH ETWAS UNTERNEHMT, WERDE ICH MEINE BEZIEHUNGEN SPIELEN LASSEN... !!

WIR MÜSSEN IHNEN ETWAS IN DIE SCHUHE SCHIEBEN — UND DANN MACHEN WIR ES WIE PATTAKOS !



REICHSTAGS-BRAND!



WENIGER SPÄTER



ODER EINE SYNA-GOGGE

WIR FAGEN EIN KAUF-HAUS IN DIE LUFT!

UND ZWAR IN DER HAUPT-VERKEHRS-ZEIT!



MILAND, 13. DEZEMBER
 HEUTE ABEND, KURZ VOR 17 UHR, WURDE VON UNBEKANNTEN TÄTERN EIN BOMBEN-ANSCHLAG AUF DIE LANDE-WIRTSCHAFTSBANK VERÜBT. DER SACHSCHADEN WIRD AUF MEHR ALS 1 MILL. LIRE GESCHÄTZT. 15 PERSONEN ERLAGEN (IHREN) VERLETZUNGEN...

DAS WAREN DIE KILLER VOM CIA!



Nr. 46
 15. 1. 70

12 Seiten
 50 Pf





Der CIA hat die italienische Bourgeoisie gründlich gegen uns Kossuschlagen

Kongo und die KPI werden bestimmt die Chance nutzen und die Anarchisten durch die Drecks ziehen

Beim Verhör habe ich ein Telefongespräch gehört, daß die Genossen von der Unione verhaftet werden sollten

Klar, die Schweine in Mailand hat das italienische Finanzkapital auf dem Gewissen

Das waren die Kiler vom CIA

Die wissen nicht mehr wie sie der Streiks und Universitätsbesetzungen Herr werden sollen und schieben uns die Attentate in die Schuhe, um die Massen gegen die Linken auf zu hetzen

Den Kampf aufnehmen, Genossen!

Die Angriffe der Bourgeoisie und der Polizeirepression mit Bestimmtheit zurückzuweisen; das ist die Kampfaufgabe, die in unserer politischen Arbeit immer größere Bedeutung annimmt.

Die Bourgeoisie hat all ihre Absichten offen gezeigt: sie will die revolutionären Kräfte gewaltsam unterdrücken, indem sie die Situation ausnützt, die durch den verbrecherischen Terrorakt von Mailand geschaffen wurde. Unter dem Vorwand, diesen Fall zu untersuchen, hat die Polizei eine Einschüchterungsaktion großen Stills gegen alle Kommunisten und Revolutionäre unternommen, in deren Verlauf sie in die Büros aller revolutionären Organisationen eindrang. Gleichzeitig haben die Politischen der Regierung und die Zeitungen eine Kampagne entfesselt, die eine Periode einleitet, in der die absurdsten vom Faschismus ererbten Gesetze mit Härte angewendet werden sollen, um die revolutionären Kräfte zu schlagen, sie an der Entfaltung ihrer Aktionen zu hindern.

Die großen bürgerlichen Zeitungen haben zu wiederholten Malen die Anwendung des Artikels 270 gefordert, der jede revolutionäre Organisation und Aktivität verbietet. Verschiedene bürgerliche Kreise fordern geradeheraus den Gebrauch dieses Artikels, um die revolutionären Kräfte gewaltsam anzugreifen.

Unsere Partei und andere revolutionäre Gruppen und Bewegungen haben sich gewaltig entwickelt und nunmehr eine Kraft geworden, die in der Massenbewegung eine bedeutende Rolle spielt, und die instand ist, die Manöver der Patroni und der Regierung und die ganzen Unterdrückungsmaßnahmen der Diktatur der Bourgeoisie zu durchkreuzen.

Die Kraft der Massenbewegung, die sich nunmehr im ganzen Lande entfaltet hat, und die entschiedene Präsenz der wirklichen Kommunisten und Revolutionäre, die immer stärker, immer einiger und immer besser organisiert auftreten: diese beiden Elemente hindern neu:

Elemente hindern heute die bürgerliche Regierung, davon, ihre Amtsausübung zu stabilisieren und die Kontrolle über die Arbeiterklasse und die Volksmassen aufrechtzuerhalten. Die ständige Regierungskrise in unserem Lande stellt die Krise der liberalen, friedlichen Fassade dar, die man der bürgerlichen Demokratie geben will. Solange es der bürgerlichen Macht gelingt, die Massen zu betrügen, kann sie auch bestimmte scheinbare Freiheiten der Rede und der Organisation einräumen. Heute aber, da die bürgerliche Macht ihren Betrug an den Massen nicht mehr aufrechterhalten kann, zeigt die bürgerliche Demokratie ganz klar ihr wahres Gesicht: Die bürgerliche Demokratie ist nichts anderes als die Diktatur ein-

ner kleinen Handvoll von Großkapitalisten, Ministern und Generälen, die ohne zu fragen über die große Mehrheit des italienischen Volkes herrschen will.

Der Massenkampf hat also die Bourgeoisie dazugebracht, auf die einzige, ihr mögliche Weise zu reagieren: die Revolutionäre und die bewußtesten Elemente unter den Massen brutal anzugreifen, um die Massenbewegung daran zu hindern, unter der Führung ihrer fortgeschrittensten Abteilungen entschlossen voranzuschreiten.

Heute liegt es an uns Kommunisten und Revolutionären, die wir das Objekt der bürgerlichen Repressionen sind, zu begreifen, daß der Kampf härter wird, aber auch umfassender und entscheidender. Wir müssen verstehen, daß die Repression gegen uns keine zufällige ist; sie ist die logische Konsequenz der wunderbaren Herbstkämpfe der Arbeiterklasse, an denen wir Kommunisten und Revolutionäre teilgenommen haben, indem wir uns an ihre Spitze setzten und ihnen die korrekte Richtung gaben. Wir müssen begreifen, daß, wenn wir nicht mit Festigkeit standzuhalten und die Repression zurückzuschlagen wissen, unsere Aktivität immer furchsamer und schwächer werden wird.

Nicht nur wir werden dann geschlagen werden, sondern auch alle Arbeiter und die bewußtesten unter der Jugend: so würde entscheidend die Möglichkeit beschränkt werden, daß sich der Kampf der Massen fortsetzt, in noch entwickelterer, begeistrierender Weise wiederaufgenommen wird. Alles in allem: wir müssen verstehen, daß die Repression zurückzuschlagen bedeutet, die Vorbereitungen unter den Massen zur Wiederaufnahme des Kampfes zu verteidigen. Die Kommunisten und Revolutionäre sind nicht überrascht, daß sie gezwungen sind, unter den ständigen Schlägen der Repression zu kämpfen. Wir werden von Mal zu Mal besser verstehen, uns zu organisieren und in der richtigen Weise zu arbeiten, um unsere Tätigkeit fortzusetzen. Kein aufrechter Revolutionär darf den sektiererischen Irrtum begehen, zu glauben, daß die Repression gegen eine Organisation, zu der er nicht gehört, ein Fall sei, der ihn nichts angeht.

Vielmehr müssen alle geeigneten Mittel angewandt werden, damit in jeder Stadt alle Revolutionäre und Progressiven sich auf Instrumente der Aktionseinheit stützen können, um alle Energien des Kampfes gegen die Repression zu mobilisieren. Man muß sich soweit wie irgend möglich einigen, über besondere Punkte, und auch auf immer höherem Niveau um einer immer tieferen Einheit willen. Man muß sich vereinigen, um die Polizeif Faust der Bourgeoisie aufzuhalten, und um die ständige und ungehinderte Entwicklung der Massenbewegung zu verteidigen. Dieser Pflicht kann sich

niemand entziehen, der wahrhaft gegen die Bourgeoisie und auf der Seite der Volksmassen steht; niemand kann sich der täglichen Verpflichtung zur Aktion im Rahmen der Basen der Einheitsfront entziehen. Unsere Partei lädt alle revolutionären Gruppen und Bewegungen und die einzelnen progressiven Genossen ein, sich in jeder Fabrik, in jedem Wohnviertel, in jeder Ortschaft, in jeder Provinz zu vereinigen, proletarische Komitees der Aktionseinheit gegen die bürgerliche Repression, gegen die Provokationen der widerstehenden reaktionären und faschistischen Kräfte zu bilden.

Das Arbeits- und Kampfprogramm dieser proletarischen Komitees der Aktionseinheit kann sehr einfach definiert werden:

1. Die traditionellen parlamentarischen Parteien und die Gewerkschaften haben sich, um die revolutionären Kräfte zu isolieren, in einem Block der Ordnung vereinigt, der sich gegen den "Extremismus von rechts und links" erklärt. Entschiedener Angriff ist nötig, um die Manöver dieses Blocks der Ordnung zu vereiteln. Die Parteien dieses Blocks suchen die Faschisten und die Revolutionäre auf eine Ebene zu stellen, um dann in der Praxis der polizeilichen Repression nur die Revolutionäre zu verfolgen, den Faschisten aber freie Hand zu lassen bei allem was sie tun wollen. Auf diese Weise versuchen sie unter sich eine konterrevolutionäre Einheit herzustellen, die ihnen dazu dient, aus der fortwährenden Regierungskrise herauszukommen.

Je umfassender unsere Aktionseinheit sein wird, die Einheit unter den Arbeitern und den revolutionären Kräften, desto mehr wird es uns gelingen, die Reorganisation der bürgerlichen Parteien auf der Basis von konterrevolutionärer Einheit und Gewalt zu verhindern. Wir müssen es auch verstehen, an die Basisorganisationen der revisionistischen Parteien heranzukommen, an die Intellektuellen und Progressiven, an alle, die bereit sind, das schmutzige Manöver des Ordnungsblocks zu vereiteln. So verhindern wir auch, daß die Bourgeoisie die Stabilität gewinnt, die nötig ist, um ihre Repressionspolitik wirklich durchzuführen.

2. Es ist erforderlich, auf neue, wahrhaft wirksame und kämpferische Weise die antifaschistische Wachsamkeit und den antifaschistischen Kampf zu entfalten. Um jeden Preis müssen die faschistischen Banden aufgehalten werden, die zu Verbrechen und Provokationen trainiert sind, die dazu dienen, unseren Kampf von seinem Hauptziel abzulenken, und die den Ordnungsparteien als guter Vorwand dienen, den "Extremismus von rechts und links" anzugreifen. Wachsamkeit heißt auch, Untersuchungen anzustellen, vorzubeugen, Ordnungsdienste zu organisieren, und jeden Angriff der Faschisten auf der Stelle zu beantworten, ohne sich deshalb von unserem Hauptziel, der Verpflichtung zum antikapitalistischen Kampfe ablenken zu lassen.

3. Es ist erforderlich, die Initiativen zu vereinigen. Zu vereinigen, um unsere Propaganda effektiver zu machen. Es ist überaus wichtig, daß

die Information auf Massenebene verbreitet wird, denn ein zentraler Punkt des Kampfes gegen die Repression ist der, daß es gelingen muß, die Politik der Fälschungen, der Verleumdungen, der Denuntiationen der bürgerlichen Informationsorgane gegenüber den Kräften der Revolution zu entlarven. Es ist erforderlich, alle Rechtsanwälte zu vereinigen, die bereit sind, unsere legale Verteidigung zu organisieren. Es ist erforderlich, alle progressiven Intellektuellen zu vereinigen, die bereit sind, die Informationskampagne intensivieren zu helfen und die von der Repression betroffenen Genossen finanziell zu unterstützen. Es ist erforderlich, die Kassen der Roten Hilfe zu organisieren und zur Verfügung aller Genossen zu halten und alle Quellen in allen Bereichen der Volksmassen auszuschnüffeln.

4. Es ist erforderlich, umfassend die Arbeit und die Mobilisierung aller revolutionären Kräfte zu verbessern. Vor allem ist es nötig, scheinbar Linke - aber in Wahrheit überindividualistische - Kräfte, die nur terroristische Formen des Kampfes kennen, zu isolieren und an ihren Aktionen zu hindern, die der Massenbewegung Schaden zufügen. Darüberhinaus ist es nötig, die grobsten Formen des Spontaneismus und der Desorganisation zu überwinden, zu verhindern, daß achttausend von Genossen, die kämpfen wollen, inaktiv bleiben, weil sie nicht wissen, was sie tun sollen und wie sie sich einer Richtung anschließen sollen.

Man muß schnelle und entschiedene Schritte zur Verbesserung des Arbeitsstills und zur Präzisierung der politischen Linie und des Kampfprogramms machen:

Damit alle wahrhaft revolutionären Genossen sich entscheiden, verantwortlich über die gesuchten Erfahrungen nachzudenken, die politischen Irrtümer zu korrigieren und dafür zu sorgen, daß die Ergebnisse in die Praxis umgesetzt werden. Damit alle Kommunisten sich entschieden in demokratischen Zentralismus unserer Partei vereinen.

Heute ist es mehr denn je erforderlich, daß die Kräfte, die unsere Partei mobilisiert noch zahlreicher und kampfkraftiger werden. Unsere Partei erklärt deutlich, daß das Hauptziel der Bourgeoisie bei ihren repressiven Maßnahmen ist, unsere Partei daran zu hindern, sich endgültig als das einigende Banner aller wirklichen Kommunisten und wahrhaften Revolutionäre zu bestätigen. Die Bourgeoisie will uns daran hindern, siegreich den Gründungskongreß der italienischen Kommunistischen Partei (ML) einzuberufen. Man muß vorbereiten. Man muß verstehen, daß die wirksamste Antwort auf die bürgerliche Repression letztendlich die sein wird, schnell im Aufbau der Kommunistischen Partei und im Prozeß der Einigung der revolutionären Kräfte voranzuschreiten.

Servire il popolo, 20. Dez. 1969





Die Lügen über die Attentate von Mailand und Rom - Netze gegen die Radikalen auf der Linken und Rechten - Die Regierung geht geschlossenen daran, den Plan zur Unterdrückung der revolutionären Kräfte zu verwirklichen.

Die bürgerliche Regierung hat die Attentate von Mailand und Rom zum Vorwand genommen, um die Repressionskampagne, die sie schon vor einiger Zeit gegen revolutionäre Organe in unserem Land eingeleitet hat, noch härter und brutaler zu führen. Die Attentate waren für die Regierung offensichtlich nur ein Vorwand, denn für jedermann war klar, daß solche gegen das Volk gerichteten Attentate niemals das Werk von Kommunisten und wahren Revolutionären gewesen sein können. Nur Faschisten und Individuen, die von einem extremen typisch bürgerlichen Individualismus geleitet sind, können ein Attentat begehen, das sich willkürlich gegen die Bevölkerung richtet.

Klar ist, daß das Attentat von Mailand einzig und allein die Funktion einer gegen das Volk gerichteten Provokation hatte, die die Regierung und alle reaktionären Kräfte augenblicks für ihre Zwecke genutzt haben.

Unsere Genossen von der Mailänder Sektion haben an dem Begräbnis der Opfer an der Seite von tausenden von Arbeitern und Studenten teilgenommen, weil sie die Opfer dieses typisch faschistischen Verbrechens, von wem auch immer es begangen wurde, ehren wollten.

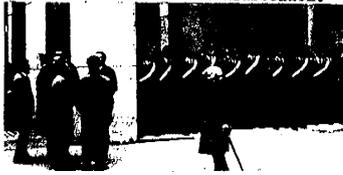
Ganz andere Gefühle hatten die Bourgeois und die Politiker, die an dem Begräbnis teilnahmen. Diesen Herren ging es nicht um das Blut der unschuldigen Opfer, sondern um die reaktionären Pläne, die sie unter dem Vorwand der Attentate in die Tat umsetzen konnten, um ihre Manöver zur Bildung einer Regierung des Blockes der Ordnungsparteien intensivieren und ihre Repressions-Kampagne gegen die revolutionären Kräfte verschärfen zu können.

In diesem Artikel wollen wir die Ereignisse zusammenfassen, die das Anwachsen der Repression durch die Regierung und der Hetzkampagne der Padroni und Politiker gegen die kämpfenden Massen und die revolutionären kennzeichnen.

In den ersten Novembertagen hatten sich die Kämpfe der Arbeiter zum höchsten Grad der Mobilisierung u. der Geschlossenheit entfaltet. Die Arbeiter unterstützen entschieden fortschrittliche Ziele und neue Formen der Organisation machten deutlich, daß die Arbeiter die Führung der Kämpfe gegen jede Form des Verrats durch die Politiker u. die Gewerkschaften, selbst in die Hände nehmen.

Die Padroni und ihre Regierung schienen hinweggespült zu werden von der steigenden Flut der Massenbewegung und die Angst davor brachte sie zu dem Entschluß alle Möglichkeiten der Provokation und des Angriffes gegen die Massen auszunutzen.

Deshalb begannen Gruppen von faschistischen Verbrechern in den Sommermonaten, in Ausbildungslagern und Sportschulen (Überreste des Mussolini-Regimes) Leute zum Verbrechen auszubilden, die dann durch das Land reisten. Reichlich mit dem Geld der Kapitalisten ausgestattet, versuchten die Faschistenbanden in den Büros der rev. Organisationen Feuer zu legen und führten Angriffe auf unbewaffnete Arbeiter und Studenten durch. Die Bourgeoisie nutzte diese Schutzarbeit der faschistischen Banden um in ihren Zeitungen gegen den "Extremismus von Links und Rechts" zu schreiben. So dienten ihnen die Gewalttaten der Faschisten dazu, die Demonstrationen, die Kämpfe der arbeitenden Massen und aktive Agitations- und Propagander der revolutionären Kräfte zu vergerden und als Gewalttaten hinzustellen.



Die Polizei versuchte überall systematisch die Demonstrationen der Arbeiter durch gezielte Provokationen zu zerschlagen. So erzeugte man eine hysterische Unruhe im Bürgertum auf alle legitimen Aktionen der Arbeiter gegen die Willkür der Unternehmer und den Staatsapparat. Bei den Zusammenstößen wurden hunderte von Arbeitern, Jugendlichen und revolutionären Genossen verhaftet und angeklagt. Zu selben Zeit begannen die Padroni in ihren Fabriken die Arbeiter auszusperren und die bewußtesten Genossen zu entlassen.

Die Arbeiter reagierten auf die Taktik der Padroni mit dem Generalstreik am 19. November 69. Schon am Morgen des Streiktages kam es in Mailand zu Zusammenstößen. Die Polizei griff die Arbeiter an, diese verteilten sich. Während der Straßenschlacht kam ein Polizist ums Leben. Die bürgerlichen Politmasken schlachteten den Tod des Polizisten aus u. verstärkten ihre Netze gegen die Massen und revolutionären Gruppen.

Die Faschisten forderten ein Streikverbot und verlangten, daß alle Revolutionäre ins Zuchthaus geworfen werden sollen. Anderenfalls verkündigten sie mit drohendem Ton, wird es unsere nationalfaschistische

che Jugend sein, die die Ordnung wieder herstellt. In ihren Blättern priesen sie den Gebrauch von Maschinenpistolen und Knüppeln an, um die Arbeiter und Kommunisten "in ihre Schranken zu weisen".

Viele Sozialdemokraten und Christdemokraten im Parlament schlugen sich auf die Seite der Faschisten und forderten aufgeregt das Verbot aller revolutionären und kommunistischen Organisationen und die sofortige Verhaftung aller Kader.

Während man in der Regierung über diese Forderungen tagelang diskutierte, begann die Verwaltung und die Polizei mit den Repressionen fortzufahren.

Das Proletariat kämpfte weiter, und wies durch ihre Entschlossenheit die Politiker in die Schranken.

Das terroistische Attentat von Mailand bot der italienischen Bourgeoisie die wahrhaft erwünschte Gelegenheit ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Die bürgerliche Presse verstärkte ihre Haßkampagne. In wenigen Zeilen forderte sie: "die Festnahme der Täter", in allen Leitartikeln wurde immerwieder begründet, wie notwendig es sei, "die Roten" das heißt die Kommunisten auszuschalten.

Alle Polizeikräfte wurden mobilisiert, während eine kleine Sonderabteilung damit beschäftigt war, die Terroristen zu finden, wurde der größere Teil eingesetzt um die revolutionären Kräfte einzuschüchtern und zu provozieren. In diesen Tagen fanden in den Büros unserer Partei unzählige Hausdurchsuchungen statt, ohne das man auch nur die geringste Spur von den Attentätern gefunden hatte, statt dessen beschlagnahmte die Polizei alle nur greifbaren Adressen von Genossen und suchte Vorwände für ihre Verhaftungen.

Zum erstmalig seit 1945 begann so eine neue Form der bürgerlichen Repressionen. Es genügt zu sagen, daß in den Wohnungen der Genossen das rote Buch des Vorsitzenden Mao und die Bücher von Lenin und Stalin als subversives Material beschlagnahmt wurden. Die Herrschenden meinen, sie können die revolutionären Ideen ausrotten, wenn sie alle Schriften, in denen von der Revolution die Rede ist, unterdrücken.

Zur selben Zeit wurden von der Regierung keine Polizeiaktionen gegen die Faschisten durchgeführt. Kein Buch von Hitler oder Mussolini wurde beschlagnahmt. Die Regierung versteckte sich hinter das Geschrei über den "Radikalismus von Links und Rechts" gleichzeitig unterhielt sie mit den Faschistenführern und ihren Geldgebern freundschaftliche Beziehungen, während sie die Revolutionäre verfolgte.

Alle parlamentarischen Parteien innerhalb und außerhalb der Regierung arbeiten dabei einmütig zusammen und geben dem Volk über vor entschieden jede Form von Gewalt und Extremismus abzulehnen. Sie wollen als die Partei der Ordnung und des Friedens erscheinen. In Wirklichkeit wollen diese politischen Handlanger der Padroni gesetzliche Möglichkeiten schaffen, die die revolutionären Kräfte in die Illegalität drängt. Alle Proletaria und Bürger müssen sich jetzt entscheiden. Dieser Versuch der bürgerlichen Regierung muß verhindert werden.

Wir fordern alle wahren bürgerlichen Demokraten auf eine Einheitsfront mit den revolutionären Kräfte



ten zu bilden. Wie im Jahre 1941 (s. "883" Nr. 39) muß jetzt der Angriff der Konterrevolution verschlagen werden. Wer zulässt, daß die revolutionären Kräfte isoliert und unterdrückt werden, soll nicht glauben, daß er sich damit auf die Seite der Ordnung und Legalität stellt. Denn wenn es dem aggressiven Teil der italienischen Bourgeoisie gelingt die Diskriminierung der revolutionären Kräfte herbeizuführen, dann wird der Moment kommen, wo sie ebenso verfahren wird gegen jeden, der die Wahrheit sagen will, und das ist der Moment, wo der faschistische Schlamassel sich von neuem ungehindert über unser Land ergießt.



Man darf nicht glauben, daß dann die Mitte-links-Regierung auch um die Revisionisten (KPI) erweitert dann noch in der Lage wäre den Faschismus aufzuhalten. Sie sind ein Haufen von unfähigen Politikern, die im Sold der Padronen stehen. Und die Padroni wollen nur eins: die Revolutionäre und die Massen unterdrücken. Die Faschisten werden dabei im Schutze der Mitte-links-Regierung auf den Augenblick, indem sie keine Angst mehr vor den Revolutionären und den Massen haben brauchen. Dann kommt ihre Stunde der nationalen Erhebung und die impotenten Mitte-links-Politiker werden auf die Seite geschoben.

Übersetzung aus Servire il popolo





"Die Straßenkommune hat sich hier mitten in der City von London eingerichtet, weil die Kids, die von zu Hause wegrennen, von ihren Eltern, oder vor was immer einer wegrennt, irgendwie landet er immer auf dem Piccadilly Circus. Und da sind zwei Arten von Presionen, denen sie ausgesetzt sind. Entweder werden sie von den Bullen aufgelassen, unter irgend einem Vorwand, ob es nun legal ist oder nicht, oder sie werden Drogenpusher, und dann wollen sie Geld machen. In jedem Fall kommen sie auf diese Weise wieder in die Spießergesellschaft zurück, und in jedem Fall verlieren sie dabei. Wir sammeln die Leute, die wir auf den Straßen finden, um uns, und bewahren sie davor, in die Spießergesellschaft zurück zu fallen, vor der sie davongelaufen sind. Deshalb müssen wir hier etwas dauerhaftes aufbauen, damit die Leute nicht mehr weglaufen, sondern auch irgendwohinlaufen. Hier hilft die Kommune mit den verschiedenen Services, die sie bereithält.

Die brauchen zunächst einmal ein Dach über dem Kopf. Und weil für uns die einzige Möglichkeit, ein Haus zu kriegen, die ist, uns eins zu nehmen, nehmen wir uns eins. Unter englischem Recht ist das nicht allzu schwierig. Da gibt es ein Gesetz aus dem Jahre 1381 oder so, unter dem wir uns verstecken. Es gibt uns auf jeden Fall ein paar Wochen zu verschaffen. Niemand kann dich aus

einem leerstehenden Haus raus-schmeißen, in das du gezogen bist, bis er ein gerichtliches Räumungsurteil erwirkt hat, und das dauert ein paar Wochen...

Na ja, es gibt so eine Reihe von Tätigkeiten, mit denen die Kids ihr Geld verdienen: Kreiden, Undergroundzeitschriften verschicken, pushen, Touristen beschämen. Aber das macht jeder so für sich, und weil keine Solidarität da ist, kann jeder einzelne aus der Szene herausgebrochen werden. Wir versuchen etwas zu starten, damit die Leute so leben können, wie sie wollen, ohne daß man sie wieder so einfach einholt in die Gesellschaft, aus der sie ausgebrochen sind. Wir haben mehrere Pläne, wie wir uns gegen die Angriffe von außen, von der Polizei und so, wehren können...

Wir sind noch nicht weit. Im Augenblick können wir nur die größten Fälle von offensichtlicher Ungerechtigkeit und Gesetz-übertretung durch die Polizei verfolgen, die unter allen möglichen Vorwänden jeden Tag einen auf dem Dilly festsetzt, als ob das ein Gesetz wäre. Dann werden wir jeden einzelnen Fall aufgreifen, und wenn wir so weit sind, werden wir die Gesetze selbst angreifen. Wir müssen so weit kommen wie in Greenwich Village in New York, wo die Street People so etwas wie eine befreite Zone geschaffen haben, in die sich die Polizei nicht mehr reintraut. Das ist ein langer Marsch... Bis jetzt nehmen die Kids das alles noch hin wie Schicksal, etwas, das einem halt einfach passiert...

Es ist halt nicht so, das sie die Gesellschaft direkt ändern können oder wollen. Aber sie haben den starken Wunsch, aus der Gesellschaft auszubrechen und so zu leben, wie sie wollen, ohne Druck von außen. Vielleicht können wir kleine befreite Gebiete schaffen. für illegale politische Massenarbeit haben wir im Augenblick keine Basis. Schön, wir besitzen Gebäude, aber mehr oder weniger haben wir doch akzeptiert, daß die Gesetze existieren, und wir haben halt nur ein Schlupfloch gefunden... Wir haben kein wirklich befreites Gebiet in dem Sinn geschaffen, daß wir es verteidigen können gegen jeden Angriff von außen...

Na ja, die Leute auf dem Piccadilly bleiben auch nicht ewig hier. Sie existieren als Kommune, solange sie auf dem Dilly sind, aber das ist halt oft nur ein paar Wochen oder sogar nur Tage, und das reicht nicht für eine wirkliche Solidarität. Das höchste ist, daß einige ein paar Monate dortbleiben. Wir sind einfache Leute, keine Organisation, man kann uns nicht fassen, Leute auf der Straße, die Smith heißen; man kann uns nicht daran hindern, woanders hinzugehen, oder andere hindern, nach London zu kommen, und deshalb haben wir schon Verbindungen überall hin und sind vielleicht gefährlicher als irgendwelche rigiden Organisationen der Linken...

Es fängt ja auch schon an. Wenn die Leute aus der Straße etwas brauchen, dann gehen sie in einen Laden und befreien es... Vor drei Monaten hat jemand das Wort befreien aufgebracht für diesen Sachverhalt, daß du etwas brauchst und es dir nimmst. Damit ist man natürlich noch kein Stadtguerilla. Aber es ist die logische Erweiterung des Squatting-Gedankens: wenn man Gebäude besetzt und sie

übernimmt, dann kann man auch den Inhalt eines Selbstbedienungsladens übernehmen.

Wir planen größere Aktionen. Daß wir mit einem Megaphon ankomen und sagen: Achtung, Hausfrauen, Heute schenkt der Manager euch alles, weil er Geburtstag hat. Vorige Weihnachten haben wir so etwas bei Selfridges (großes Kaufhaus) gemacht. Die Kaufhäuser engagieren Leute, die sich als Weihnachtsmann anziehen, die den Kindern Geschenke geben, die die Eltern aber in Wirklichkeit bezahlen müssen, aber das Kind wird mit den mystischen Charakter der Sache betrogen. Wir haben also eine Gruppe zusammengestellt, 10 Leute haben sich als Weihnachtsmänner verkleidet, mit genauso vielen Knecht Rupprechten. Und die haben dann die Spielsachen ausge-räumt und den Kindern gegeben. nach 10 Minuten mußte Selfridges die Polizei rufen und die Krease macht. Fotos von Polizisten, die den Kindern die Geschenke wieder abnahmen und wieder auf den Ladentisch legten. Sachen wie diese machen erstens Spaß und vermitteln zweitens eine sehr einfache Botschaft: Nimm dir, was du brauchst."

"Unter denen, die in diesem Land die Gesellschaft verändern wollen, gibt es zwei Lager: Das Pazifistische und ein anderes, das bereit ist, um jeden Preis Gewalt anzuwenden. Wir brauchen einen glücklichen Mittelweg zwischen beiden. Es gibt Situationen, in denen es richtig ist, einem Polizisten auf die Nase zu hauen, weil, was dann hereinbricht, genau das ist, was ihr gewollt habt; und es gibt Situationen, in denen es selbstmörderisch ist, weil dann 2500 Polizisten über einen herfallen und man überhaupt nichts kriegt."

Zum Beispiel hier in der Notting-hill Gate Area: Es hat gewaltsame Methoden gegeben, wo die Leute einfach die Straße blockiert haben mit einer Barrikade, und gewaltlose, wo sie sich selbst hingesetzt haben. Wir haben immer festgestellt, daß es in einer reformistischen kapitalistischen Gesellschaft das Beste ist, mit der pazifistischen Technik zu beginnen; wenn diese Technik nicht funktioniert, mußt du Alternativen finden. Und die können durchaus gewaltsam sein.

von der Tatsache ab, daß die Neurotiker in dieser Gesellschaft eigentlich die Vermünftigen sind und die Gesellschaft verrückt.

Du paßt die Leute an und paßt dich selbst an - woran? An eine unvormünftige Gesellschaft. Eigentlich müßte der Weg dahin gehen - siehst du, helfen kann man den Leuten nur, wenn man ihnen beibringt zu schlafen. Wir sind völlig abgeduckt.

Der Unterschied zu allen anderen Ländern in den Metropolen in den Metropolen ist der: Die Mechanismen der Herrschaft sind halt viel feiner. Wenn du den Staat angreifst, vorhält er sich wie die Wand einer Gummizelle: Du ronnst mit dem Kopf gegen die Wand, bis du müde bist und den Kopf zurückziehst. Dann nimmt die Wand ihre normale Lage wieder ein.



In anderen Ländern, wie damals im Mai 68 in Paris, waren sie nicht flexibel genug. Die Wand gab nicht nach, und es hätte nicht viel gefehlt, dann wäre sie eingestürzt.

Hier in England betrachtet man die Revolution der Jungen wie ein Spiel mit Regeln. In Scotland Yard haben sie einen Planungsstab, der die Spielregeln festsetzt. Bei der Demonstration auf dem Grosvenor Square haben sie einfach schlecht gespielt. Und selbst da: heute prügelt du dich mit einem Polizisten, morgen quatscht du freundlich an der gleichen Stelle mit dem gleichen Mann, und ihr beide habt die Sache so gut wie vergessen.

Also du weißt genau: In der und der Situation kannst du das und das machen, und die Polizei auch,



Man muß wissen, was man will. Wenn du eine Aktion unternimmst, weißt du, daß irgendeine Reaktion erfolgen wird! Und von dieser Reaktion her mußt du die Taktik der Aktion selbst bestimmen. Haben deine Kalkulationen versagt, mußt du was anderes probieren, bis du die erwünschte Reaktion der Herrschaft erzist. Zum Beispiel: Du möchtest, daß hier im Slum ein Kinderspielplatz eröffnet wird. Zugegeben, kein sehr revolutionäres Ziel. Dann kann man entweder mit dem Stadtrat und mit den entsprechenden Behörden verhandeln, oder du kannst die Behörden bedrohen und kannst sagen: "Wenn ihr nicht, dann werden wir usw." Oder man geht einfach hin und schlägt zu, bevor man überhaupt gedroht oder verhandelt hat und sieht zu, was passiert.

Man kann nicht dogmatisch sein in solchen Fragen, wie viele in diesem Land bei der Analyse einer Situation dogmatisch sind. Und darin ist die Linke keineswegs besser dran.

Aber du mußt dir darüber klar sein, daß du damit natürlich nicht viel erreichst. Greifst du die Gesundheitsfürsorge an, werden sie die Ironhäuser bunt anmalen und den Verrückten Popkleider geben! Greifst du den Militarismus an, werden sie blümen auf die Panzer malen. Baust du wie wir, eine Selbstorganisation im Underground auf, dann siehst du

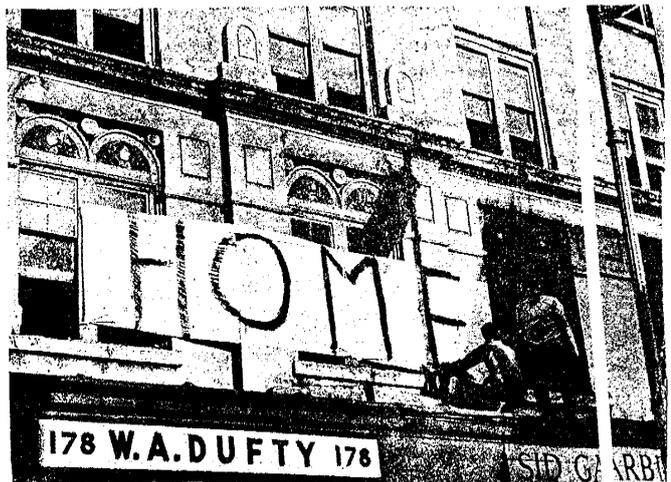
und dann passiert das und das. Es ist vorausrechenbar zu einem gewissen Grade; ein "fairer Spiel".

Das Spiel, bei dem man scheinbar die Regeln verletzt, indem man sie im Spiel ausweitet, ist nur ein Selbstbetrug. Denn die Regeln sind unausgesprochene Regeln und du kannst sie ändern so viel du willst; sie werden sich auf einer höheren Ebene wieder einstellen. Du kannst die Gesellschaft nicht dazu zwingen, die Spielebene zu verlassen. Du weißt genau, wie gewalttätig die Sache auch wird, dein eigentliches Ziel wirst du nicht erreichen und es wird dir nicht allzu viel passieren.

Da diese Gesellschaft eine reformistische ist, hast du nur Erfolg, wenn du innerhalb der Klassengesellschaft bleibst. Die miesen Bedingungen in den Gefängnissen wurden nicht verändert, weil wir Dartmoor besetzt hätten, sondern weil während der Friedensbewegungen so viele Leute aus der Mittelklasse verhaftet wurden und sich beschwerten. Der Underground ist, wie die intransigente Linke in diesem Land, wesentlich eine Bewegung der Jungen aus der Mittelklasse. Solange das so bleibt, wird es zwar Reformen geben, aber keine Revolution...

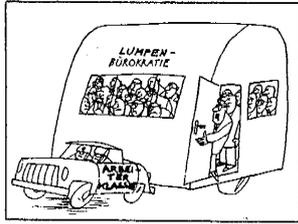
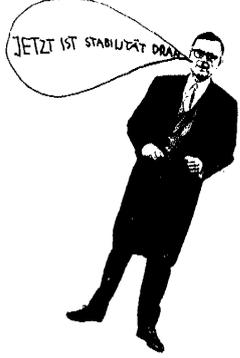
Wir müssen die Basis unter den jungen Arbeitern finden, oder nichts wird sich in diesem Lande wirklich verändern..."

Peter Polish, DIT



IMPERIALISMUS UND TERROR

1. Forts.



„Warum geht es denn nicht weiter?“

Die Rezession von 1966/67, die im Kern eine Verwertungskrise des Kapitals in Form der Überproduktion war, zwang die westdeutschen Kapitalisten, die Funktionen ihres Staatsapparates im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung neu zu bestimmen. Der Kern der gesetzlichen Maßnahmen, die die Große Koalition beschloß, um aus der Krise herauszukommen, betraf 1. eine bessere Einschätzung der künftigen Investitionstätigkeit der KAPITALISTEN und deren Abstützung durch den Staatshaushalt und 2. eine noch stärkere Integration der Leitungsorgane der Gewerkschaften auf dem Weg der konzertierten Aktion, wodurch der Ausbruch von offenen Klassenkämpfen zugunsten eines langsamen Anstiegs der Löhne bei gleichzeitiger Geldentwertung und Höchstprofitten für die Monopolkapitalisten verhindert werden sollte.

Die von der Großen Koalition verabschiedeten Notstandsgesetze stellten eine Notmaßnahme dar, die dann wirksam werden sollte, wenn der inflationäre Druck für die Arbeitermassen unerträglich, die ständig sich verschärfende Ausbeutung nicht mehr hingenommen werden würde.

Wie sind diese Maßnahmen zu bewerten?

Seit der Weltwirtschaftskrise glaubt kein kapitalistischer Staat mehr an die Selbstregulierung. Mittel, um die private Investitionstätigkeit wieder anzukurbeln und der Versuch, durch die Verteuerung der Kredite eine "Überhitzung" der Konjunktur entgegenzuwirken, gibt es seit den 30iger Jahren. Je schneller der Prozeß in Richtung von technischem Umwälzungen mit dem Ziel der Automation verläuft, je mehr Kapital in immer kürzerer Zeit verwertet werden muß, desto größer wird der planende Einfluß staatlicher Bürokratien. Da diese Bürokratien aber im Interesse eines Höchstprofits der Monopole arbeiten und nicht in Richtung der Versorgung der Massen mit notwendigen Gütern, ist der Staatsapparat in die Anarchie der Konkurrenz der Monopole verwickelt. Seine Planung, je seine Kontrolle über die Entwicklung der einzelnen Monopole kann deshalb weder die Anarchie der Produktion im internationalen Maßstab beseitigen, noch überhaupt Einfluß nehmen, welche Güter in welchem Zeitraum zu welchen Preisen produziert werden.

ÜBER FÄULNIS UND PARASITENTUM

Je schneller die kapitalistischen Konzerne wachsen, desto mehr verstärkt sich der gesellschaftliche Charakter der Produktion. Der technische Fortschritt, Planung und Organisation der Produktion auf Großbetriebsebene demonstrieren selbst ständig die Überflüssigkeit der Kapitalistenklasse. Seit der Sozialismus von der Entwicklung der Produktivkräfte her in Deutschland möglich wäre, also seit mehr als 50 Jahren, sind die Kapitalisten gezwungen, ständig neue Planungselemente in ihr System einzuführen, wobei die Notwendigkeit, zu immer rationelleren Verfahren von Organisation und Produktion überzugehen durchkreuzt wird von der Notwendigkeit, die kapitalistische Herrschaft innerhalb des Betriebs aufrechtzuerhalten.

Der Staatsapparat selbst muß sich immer neue wuchernde Bürokratien zulegen, um die Lebensfähigkeit der Kapitalisten als Klasse über-

haupt zu sichern und die Arbeiterklasse in umfassender Abhängigkeit zu verhalten. Die Systeme der "Sozialversorgung" der Apparate der inneren Verwaltung, Polizei, Armee und Gerichtswesen, die Schulen und Hochschulen verzehren riesige Teile des gesellschaftlichen Mehrprodukts. Der imperialistische Krieg, der größte unproduktive Exzess staatlicher Konsumtion, wie Rudi sagte, ist nur der Grenzfall innerhalb der Logik dieses Systems.

Die kapitalistische Staatsbürokratie, in früheren gesellschaftlichen Etappen progressiv, weil auf die Entwicklung der Produktivkräfte gerichtet, wird durch und durch parasitär. Je offener die Überflüssigkeit zutage tritt, desto mehr wird es zu ihrer einzigen Aufgabe, die sozialistische Revolution zu verhindern.

Die Entfesselung der Produktivkräfte im Sozialismus, voran der revolutionären Produktivkraft der Massen, macht es möglich, schon jetzt zu bestimmen, welche Teile des verselbständigten Staatsapparates zu welchem Zeitpunkt in Sozialismus aufgelöst werden können, welche Staatsfunktionen von den organisierten Massen ausgeübt werden können. Der kapitalistische Staatsapparat ist einer neuen historischen Initiative unfähig. Ihm bleibt nur noch der Versuch, sich mit imperialistischen Kriegen zu retten, die seinen Untergang beschleunigen, oder mit geballter ökonomischer Kraft in die Ökonomie der sozialistischen Länder einzudringen und an einem Rückfall dieser Staaten ins kapitalistische System mitzuarbeiten.

Die Verhinderungsbürokratie in Regierung, Parteien und öffentlicher Verwaltung bringen einen neuen Typus von Beamten hervor. Westdeutschlands Bürokratien zeigen uns, daß deklassierte Elemente der Bourgeoisie die alten, der Pflichterfüllung im Dienste des Staates ergebene "Eliten" ablösen und eine neue Schicht einer korrupten Lumpenbürokratie bilden. Diese Entwicklung, im 18. Brumaire vorhergesehen und seit dem Sieg des Faschismus in Deutschland zum ersten Mal in großem Maßstab praktiziert, berechtigt uns, von der Fäulnis des kapitalistischen Staatsapparates zu sprechen.

Wie verhindert der Monopolkapitalistische Staat die Vereinigung der Arbeiterklasse und ihr Zusammengehen mit anderen ausgebeuteten Massen?

Der kapitalistische Staatsapparat hat schon immer Teile der Arbeiterklasse privilegiert, um eine Klassenbasis für seine Ausplünderungspolitik auch innerhalb der Arbeiterklasse zu haben. Im nationalen wie internationalen Rahmen ist das System der Spaltungen heute perfektioniert. Arbeiter der verschiedensten Grade werden, oft ohne jede ökonomische Funktion der Masse der unmittelbaren Produzierenden, angelehnten und ungelerten Arbeitern entgegengesetzt. Die Frauen werden gegen die Männer, die Lehrlinge gegen die älteren Arbeiter, die deutschen gegen die ausländischen Arbeiter ausgespielt.

Schließlich werden die Vertreter der Arbeiterklasse bei den Vertrauenslauten und Betriebskörperschaften, innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie einem ständigen Korruptionversuch ausgesetzt. Gleichzeitig hat es der Kapitalismus verstanden, mit den Führungsgruppen der Gewerkschaften zu einer prinzipiellen Übereinkunft zu kommen, die Höchstprofite der Kapitalisten mit einer minimalen Zuwachsrate des Lohnanteils zu decken.

Die Auflösung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten, den wichtigsten Verbündeten des Proletariats, versucht der kapitalistische Staat mit allen Mitteln herauszuzögern. Vermittels umfassender Subventionierungen und Stützungen versucht er sich ein Kleinbäuerntum am Leben zu erhalten. Andererseits schafft er beständig neue Hierarchien in seinem Verwaltungsapparat und stützt mit allen Mitteln Versuche, einen Teil der Arbeiterklasse durch nichtige Statusvorteile zu Angestellten zu machen, die er gegen die mehrwertproduzierenden Schichten des Proletariats auszuspielen kann.

DIE GEWERKSCHAFTEN ALS INSTRUMENTE STAATLICHER PLANUNG

Da in den Gewerkschaften nach wie vor Millionen Arbeiter organisiert sind, liegt es im Interesse des kapitalistischen Staatsapparates, die Gewerkschaften als Ordnungs- und Disziplinierungsfaktor zu erhalten. Die Gewerkschaften sollen die Möglichkeit behalten, beim spontanen Aufbegehren der Arbeitermassen als deren Vertreter zu fungieren und die sozialen Konflikte zu entschärfen. Gleichzeitig bleibt die ARBEITERKLASSE in einer bestimmten historischen Organisationsform eingezwängt, so daß sie der internationalen Organisation der Kapitalisten ebenso wenig entgegenzutreten kann, wie die Differenz zwischen effektiv gezahlten Löhnen und Tariflöhnen aufheben kann oder die umfassende Organisation der Arbeiterklasse durch die Monopole von der Wohnwohnung über Prämiensysteme bis zur kollektiven Urlaubsgestaltung durchbrechen kann.

Der Zustimmung der Lenkungsorgane der Gewerkschaften sicher, kann der Staatsapparat eine begrenzte Mitwirkung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen hinnehmen, selbst die Mitbestimmung über Investitionen und Preise ist der Logik des kapitalistischen Systems unterworfen und stellt die mitbestimmenden Arbeiter vor die Alternative, entweder ökonomische Einbußen hinzunehmen, oder sich den kapitalistischen Entscheidungen zu beugen. Sind die Gewerkschaftsführungen auf die "konzertierte Aktion" eingeschworen, so kann sie der kapitalistische Staat sogar als Druckmittel gegen solche Kapitalisten einsetzen, die noch nicht erkannt haben, daß zu guter Letzt alles zu ihrem Besten geschieht.

DIE KÄSEGLOCKE

Manche Genossen neigten früher zu der Auffassung, der Staatsapparat verschmelze zunehmend mit der Bürokratie der Großen Monopole und den Gewerkschaftsbürokratien, so daß man von einem staatlich-gesellschaftlichen Institutionenwesen auszugehen habe, das relativ widerspruchsfrei sei. Die gegenwärtige Regierungskoalition belehrt uns, daß die Staatsbürokratie mit den Bürokratien der Monopole keineswegs identisch ist. Die SPD/FDP-Koalition ist zum einen verpflichtet, weitreichende staatliche Regulierungen auch gegenüber den Kapitalgruppen vorzusetzen, die sich stark genug wähnen, auf der Basis der gegenwärtigen staatlichen Eingriffe, im internationalen Rahmen zu bestehen. Sie muß gegenüber hinhaltenem Widerstand der Kapitalistenklasse "mehr Demokratie wagen", d. h. einen Teil des völlig irrationalen Herrschaftssystems vor allem auf Fabrikenebene zugunsten einer Scheindemokratisierung abbauen.

Ihre neue Ostpolitik, die entschieden auf die Beschleunigung des Prozesses sozialistischer Desintegration in den osteuropäischen Ländern hinzielt, sieht sich von denjenigen Kapitalgruppen bedroht, die unversichert der Forderung der Liquidierung der DDR oder wenigstens ihrer Isolierung festhalten etc. Schließlich muß sie an einer neuen Theorie des "Sozialstaats" basteln, wobei ihr offen imperialistische und faschistische Ideologien mit Sicherheit in die Quere kommen werden.

ÜBER DIREKTEN ZWANG UND MANIPULATION

Der kapitalistische Staat versucht, das tägliche Leben der arbeitenden Massen einer umfassenden Kontrolle zu unterziehen. Schule und Lehrverhältnis unterliegen staatlicher Kontrolle, um das Ausmaß an Unterdrückung den Erfordernissen der kapitalistischen Industrie anzupassen. Die staatliche Regulierung der Ausbeutungsverhältnisse (Arbeitsvertrag, Tarifverträge) wie die Sozialversicherungen sind Erpressungsinstrumente, mit deren Hilfe die kämpfende Arbeiterklasse von ihrer Existenzhilfe, bis hin zur ärztlichen Hilfe, abgeschnitten werden soll.

Aus diesen umfassenden Maßnahmen des "Sozialstaats" könnte der Schluß gezogen werden, der Staatsapparat könne weitgehend auf die Anwendung direkten Terrors verzichten, weil er die Massen sowieso ständig "im Griff" habe. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Unter unseren Augen vollzieht sich ein Zersetzungsprozeß der mittleren Schichten, die traditionell eine sichere Rekrutierungsbasis des kapitalistischen Staatsapparates waren. Ein Teil des Kleinbürgertums, besonders Kleinproduzenten und Kleinhandlärer, wehrt sich gegen das Absinken ins Proletariat, indem es Halt bei faschistischen Parteien und Ideologien sucht. Aber die Annäherung der vormals freien Berufe, der beamteten Schichten des akademischen Kleinbürgertums, die technische Intelligenz, erleben bei ihrer Annäherung an die Lebensbedingungen des Proletariats eine revolutionäre Krise. Zum einen zeigt sich der verfallende Staatsapparat unfähig, die notwendigen Gelder für eine bessere Ausbildung der jugendlichen Massen einzusetzen, und die technischen Vorbedingungen für ein menschlicheres Lebensverhältnis (Städtebau, öffentliche Einrichtungen) zu schaffen. Zum anderen wissen die Angehörigen dieser Schichten, daß sie im Sozialismus produktive Arbeit leisten könnten, was sie gegen reaktionäre Ideologien immun macht.

Der Staatsapparat sieht sich deshalb zum ersten Male in Deutschland einer schwellenden Bereitschaft zum Aufrühr gerade bei den Schichten gegenüber, aus denen er traditionell seine Agenten rekrutierte, den Lehrern, Ärzten, Teilen der technischen Intelligenz der Sozialbürokratie, kleinen Gruppen künftiger Juristen, kurz Angehörigen des gesamten Systems des direkten und vermittelnden Zwangsapparates.

Andererseits zeigt es sich immer wieder, daß der Staatsapparat sich nicht auf das Proletariat verlassen kann. Im Interesse der Monopole muß er den Staatshaushalt aufblähen und die beständige Inflation auf die Arbeitermassen abwälzen. In der Produktion selbst sieht sich die Arbeiterklasse ständig dem Zwang gegenüber, mehr und schneller zu arbeiten. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Abhängigkeit des westdeutschen Kapitalismus von dem der USA in nächster Zeit keine durchschlagenden Krisen hervorbringen wird, sehen sich die Kapitalisten und ihr Staat ständig, vor allem nach den Septemberstreiks, spontanen Unruhen der Massen gegenüber.

Der Staatsapparat muß deshalb, falls alle Spaltungs- und Integrationsmanöver versagen, auf einen sicheren Unterdrückungsapparat zurückgreifen können. Er versucht, einen immer größeren Bereich möglicher gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gesetzlich zu regeln, um im Ernstfall legalen Zwang ausüben zu können.

Diese Tendenz richtet sich natürlich in erster Linie auf die Arbeitsbedingungen des Proletariats, insbesondere die vollständige Regelung des Lohnkampfes. Darüber hinaus versucht der kapitalistische Staat demokratische Versammlungen der Massen möglichst stark gesetzlich zu behindern und einzuschränken. Jede Masseninitiative, angefangen bei der Volksbefragung, sucht er durch Gesetze zu verhindern. Das gesamte Leben des Arbeiters soll mit einem Netz von Bestimmungen, für deren Absurdität die Gesetze und Bestimmungen des Straßenverkehrs exemplarisch sind, überwachen werden.

Die Dialektik dieses Vorgangs, zunehmende Rechtsunsicherheit, Zersetzung des bürgerlichen "Rechtsbewußtseins" der Massen, liegt auf der Hand. Der Justizbetrieb, der dieses ganze Instrumentarium handhaben soll, ist untauglich für diese Aufgabe. Subjektiv möchte er ja gerne verurteilen und abstrafen, aber der alte Plunder hindert ihn. Arbeitet er pedantisch und dem Ritual folgend, so bricht er unter der Arbeitslast zusammen und wird von der Regierung zur Eile angetrieben. Schlägt er brutal los, so heißt es gleich, er könne sich nicht auf taktisches Vorgehen einstellen. Staatsanwälte und Richter leiden an Unsicherheit über ihre künftige Rolle.

Die westdeutsche Konstruktion der justizförmigen Ausübung staatlicher Macht würde einer ernsthaften Belastungsprobe nicht standhalten. Bleibt die bewaffnete Macht, Bundesgrenzschutz, Polizeieinheiten der Länder und Gemeinden, Bundeswehr, die wir noch im einzelnen analysieren werden.



Daß der Staatsapparat nicht zögern würde, mit bewaffneter Macht loszuschlagen, insbesondere bei der Deckung der Notstandsgesetze, ist klar. Unterhalb dieser Schwelle muß er den Einsatz von Polizei und Armee sehr genau abwägen. Der Bundesgrenzschutz wurde bei der Ustra-Aktion in Hannover nicht eingesetzt, der Ruf nach der Polizei in den Gummistreiks von 67 blieb ungehört. Ist aber der günstigste Einsatz zum Einsatz der Repressionsorgane verpasst, hilft nur Zurückweichen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Staatsapparat sich auf einen Teil seiner Organe perspektivisch nicht mehr verlassen kann (Schule, Hochschule, Krankenhäuser, Sozialbürokratie) wobei viel von einer richtigen Strategie der Linken abhängt. Ein Teil seiner Organe ist untauglich zur Bewältigung sozialer Konflikte (Justiz). Beim Einsatz seiner bewaffneten Organe muß er entweder zum offenen Faschismus übergehen, oder seine Maßnahmen bleiben, falls gegen die Arbeitermassen gerichtet, wirkungslos.

Aus all dem folgt, daß man bei aller Machtvollkommenheit des kapitalistischen Staatsapparates gleichzeitig von seiner prinzipiellen Schwäche und Labilität sprechen muß.

LABILITÄT UND IDEOLOGIE

Das aufstrebende Bürgertum hatte ebenso wie die kaiserliche Bourgeoisie ein Bewußtsein ihrer historischen Sendung, Deutschland auf dem Weltmarkt als imperialistische Macht zu etablieren. Mit der Niederlage des Faschismus brach ein ideologisches System zusammen, das von der Interessenidentität eines mächtigen Staatsapparates der Monopole und der Deutschen Nation schlechthin ausging. Unter dem Mantel der Europäisierung und des militanten Antikommunismus verstand es die Adenauerregierung, die immensen Startvorteile der BRD gegenüber der DDR geschickt auszunutzen und selbst Teile der Arbeiterklasse an sich zu ketten. Am Ende der langen Konjunkturperiode und mit der ökonomischen Konsolidierung der DDR, ferner mit dem offenen Ausbruch innerimperialistischer Gegensätze, brach diese Ideologie zusammen.



Keine Experimente
Konrad Adenauer CDU



Wohlstand für alle
Ludwig Erhard CDU

Formierte Gesellschaft, soziale Symmetrie etc. sind Retortenformeln, die keine Massenwirksamkeit erzeugen. Die ideologische Hegemonie der Bourgeoisie zeigt sich heute immer mehr in einer von den Massen hingegenommenen strategischen Perspektive der Herrschenden.

Diesen Zustand als das Ende der Ideologie und als "totalen Unbewußtseinszustand der Massen" deuten zu wollen, wie manche Anhänger der "Frankfurter Schule", fällt noch hinter die redaktionelle Linie des Springerkonzerns zurück, der, wengleich vollständig im Dienste des Kapitals, doch proletarische Bedürfnisse seiner Leserschaft zum Ausdruck bringt.

Die Hoffnungen, die sich bei vielen Arbeitern an die ersten Aktionen der Studentenbewegung knüpften, die Aggressivität, die sich stets mit dem Hinweis der Ausweglosigkeit studentischer Proteste verband, zeigten noch eine fehlende Orientierung über das Wie des Klassenkampfes als Bewußtlosigkeit und Integration. So sehr die revolutionäre Linke sich hüten muß, falsche Hoffnungen durch ihre Aktionen zu wecken, so sehr muß sie auf dem Massenwiderstand, auf der öffentlichen Austragung von sozialen Konflikten bestehen.

Der Staatsapparat weiß, daß er nicht auf eine fraglos akzeptierte Ideologie bei den Massen rechnen kann. Er hütet sich vor Massenmobilisierungen, konterrevolutionären Demonstrationen, Pogromen etc. Die Entwicklung der reaktionären Demonstrationen und Aufzüge in Westberlin ist ein deutlicher Beweis dafür.

Angesichts der ideologischen Schwäche und Perspektivlosigkeit des Staatsapparates ist es deshalb die richtige Strategie, mit einem offenen Programm der Kommunisten hervorzutreten, und den Massen unverhüllt unsere kommunistischen Ziele darzulegen.

Im Rahmen des bisher gesagten müssen wir deshalb grundsätzlich neu die Möglichkeiten direkter Aktionen gegen den Staatsapparat diskutieren. Vor allem, welches die wirklich bedeutsamen Abteilungen des Staatsapparates sind, und für wen. Diese Diskussion kann nicht geführt werden, ohne daß wir die direkten Aktionen der Vergangenheit untersuchen und feststellen, welche davon richtig waren, und welche es auch in Zukunft sein werden. Insbesondere aber müssen wir die Gefahr aufweisen, die darin besteht, daß Aktionsformen sich verselbständigen, und nicht mehr gesehen wird, unter welchen besonderen historischen und politischen Bedingungen sie entstanden und wirksam gewesen sind.

Das Besondere der Situation der BRD bestand nun darin, daß die revolutionären Kader der Arbeiterklasse nicht mehr vorhanden waren und daß nun, von den Bildungsstädten der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie ausgehend, die einzige im Kern revolutionäre Bewegung in der Bundesrepublik und Westberlin entstand. deren Aufgabe es war sich mit dem beginnenden Kampf der Arbeiterklasse zu vereinigen. Sollte aber die ihrer sozialen Herkunft nach bürgerliche und kleinbürgerliche Intelligenz ein vorwärtstreibendes Element im Klassenkampf werden, und wollte sie einen erstzunehmenden Bündnispartner des Proletariats darstellen, so war es logisch, daß sie den Klassenkampf gegen den Staatsapparat aufnehmen mußte.

Konsequenterweise trat daher die Studentenbewegung mit dem Anspruch auf vollständige Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf und kämpfte entschlossen gegen diejenigen Teile des Staatsapparates, die sich ihren Bestrebungen entgegenstellten: Universitätsbürokratie, Polizei und Justiz. Wenn diese Linie richtig war, und wenn wir vollständig hinter den Aktionen der Vergangenheit stehen, weshalb müssen wir dennoch heute das prinzipielllose und (glücklicherweise) dilettantische Auslegen von Weckerpaketen verurteilen? Weshalb müssen wir aufa Schärfe den kindlichen Indianerspielen im Jüdischen Gemäudes und im Kadewe entgegentreten?

Marristen-Leninisten müssen sich die Frage gefallen lassen, welche Fehler sie selbst gemacht haben, die zu solchen Erscheinungen führen, an welchen historischen Wendepunkten sie nicht deutlich und konsequent genug ihre Meinung vertreten und mit den Massen die richtige Linie diskutiert haben; sie müssen auch Auskunft darüber geben, wie sie gedenken, die aufgetretenen Fehler im ideologischen, politischen und organisatorischen Bereich zu korrigieren.

WARUM WAR ES RICHTIG, DEN STAATSAPPARAT ZU PROVOZIEREN?

Wenn die Annahme richtig war (und wir behaupten das), daß am Ende der wirtschaftlichen Wiederaufbauphase des westdeutschen Imperialismus die Möglichkeit und Notwendigkeit bestand, größere Teile der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz aus dem Lager des Feindes herauszubringen, um sie zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse zu gewinnen, mußten die Intellektuellen in den Stand versetzt werden, im Monopolkapitalismus und Imperialismus den Feind der gesamten Menschheit zu erkennen, das System des Monopolkapitalismus zu begreifen, und selbstbewußtes politisches Handeln zu erlernen. Deshalb war es in dieser Phase richtig, den Staatsapparat (auch mit illegalen Aktionen) zu provozieren, um seinen nicht nur abstrakt terroristischen Charakter in den Augen der Intelligenz zu entlarven; dabei konnte in Kauf genommen werden, daß die Arbeiterklasse diesen Aktionen skeptisch bis ablehnend gegenüberstand, weil sie, unorganisiert und im Besitz einschlägiger historischer Erfahrungen fürchtete, der Staatsapparat könnte zu schnell seine terroristischen Mittel entfalten und gegen sie einsetzen. Es war in dieser Phase auch richtig, Agenturen des Imperialismus (wie z.B. das Amerika-Haus oder das Hauptquartier) anzugreifen, sich mit dem kämpfenden Proletariat der abhängigen Länder zu solidarisieren und die Möglichkeiten des Antimperialistischen Kampfes herauszustellen (Vietnam-Kampagnen); Dabei war in Kauf zu nehmen, daß die Arbeiterklasse diese Bemühungen zwar verstand, daß aber ihre Erwartungen (vom Kampf der Befreiungsbewegungen Hinweise für ihren eigenen Kampf zu erhalten) im Augenblick nicht erfüllt werden konnten.

Für die Revolutionäre in der Bundesrepublik und Westberlin war am Ende der wirtschaftlichen Wiederaufbauphase des westdeutschen Imperialismus (also nach 1960) die Zeit reif, die aufbrechenden innkapitalistischen Widersprüche auszunutzen mit dem Ziel, den unterbrochenen Klassenkampf des Proletariats neu zu organisieren.

Ein Nebenwiderspruch im System des Monopolkapitalismus trat im Bereich der Universitäten und Hochschulen auf: Der Zwang zur vermehrten Produktion angepaßter Fachidioten für die kapitalistische Produktion einerseits, die mangelnden finanziellen Mittel des Staates, die reformunwilligkeit der universitären Bürokratie und die sich verschlechternden Studienbedingungen andererseits.

Dieser Widerspruch innerhalb der Universität, der aber innerhalb des kapitalistischen Gesamtsystems nur einen Nebenwiderspruch darstellte, ermöglichte es einer Minderheit von Studenten, "sich aus dem Schlepptau der Technokratie zu befreien und aus der Kritik der technokratischen Hochschulreform ein antikapitalistisches Bewußtsein zu entwickeln, das keineswegs mit den unmittelbaren Interessen der Studenten identisch" war. (siehe RPK, Nr 46/47, S. 21)

Verkaufe DKW 1000 S zum Aus-schlachten! Tel. 24 97 35 Berner
suche dringend Zimmer oder billige Wohnung! Tel. 31 53 88

WELCHE FEHLER WURDEN DABEI BEGANGEN ?

a. FEHLER IM IDEOLOGISCHEN BEREICH

Welches waren nun die Fehler, die wir machten? Welches sind die Auswirkungen der gemachten Fehler, die wir heute zu spüren bekommen?

Ein gravierender Fehler im ideologischen Bereich, der nicht sofort korrigiert wurde, bestand darin, daß wir die Widersprüche der gegenwärtigen geschichtlichen Epoche ungenau analysierten. Wir behaupteten die Existenz nur eines Hauptwiderspruchs: Den zwischen Imperialismus einerseits und den armen, unterdrückten Völkern andererseits; wir unterschlugen den Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern und dem Imperialismus, den zwischen einzelnen sozialistischen Ländern, den zwischen den imperialistischen Staaten - und nicht zuletzt leugneten wir in unserer Praxis lange genug den Widerspruch zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse in den imperialistischen Ländern.

Da die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt praktisch abgeschrieben war, mußten die Intellektuellen, als vorläufig einziges revolutionäres Subjekt in den Metropolen, die Revolution beginnen, koste es, was es wolle. Die Intellektuellen, die angeblich als einzige den globalen Unterdrückungszusammenhang zu begreifen in der Lage waren, mußten nur durch die richtigen Aktionen die Gesellschaft (die "Menschen", wie damals oft zu hören war) davon überzeugen, daß alleine sie und die "armen unterdrückten Völker" stellvertretend den Kampf für die Emanzipation der gesamten Menschheit führten. - Der Rest des Volkes (auch die Arbeiterklasse) würde sich dann, so oder so, spontan der Aufstandsbewegung anschließen.



War es deshalb ein Wunder, wenn im Gefolge dieser "Stellvertretertheorie", die auf eine Klassenanalyse (d.h. die Analyse der Bedingungen, unter denen das Proletariat zur Revolution schreitet) verzichtete, Kampfformen und Revolutionsstrategien der Befreiungsbewegungen unsinnigerweise in die kapitalistischen Metropolen übertragen wurden, wie z.B. die Focus-Theorie? Und ist es deshalb (weil wir nicht rechtzeitig und deutlich genug dieses theoretische Dummheinen erkannten) ein Wunder, wenn heute noch Leute meinen, den Kampf zur Unterstützung der palästinensischen Befreiungsfront El Fatah mit denselben (obendrein nicht einmal richtig verstandenen) Methoden führen zu können, derer sich die Befreiungsfront bedient, so daß sich ein Sprecher der Front von der mißglückten Aktion im Jüdischen Gemeindehaus distanzieren mußte?

Ein anderer Fehler, der lange Zeit unkorrigiert blieb, war mit der Rezeption der Theorie vom "autoritären Staat" verbunden. Unterstellte man, daß der Staat die Arbeiter ernährte, daß das Lohnverhältnis staatlich vermittelt war, daß der Staat (als Verschmelzung von Parteien, Gewerkschaften und Monopolen gedacht) die Profiteure verteilte und angesichts steigender Automatisierung die Massen vom Produktionsprozeß fernhielt und mit nichts anderem beschäftigt war, als mit der Züchtung riesiger Militärapparate und Bürokratien - ferner, daß der gesamte Mehrwert lediglich von einer kleinen Arbeiterristokratie erwirtschaftet wurde, während der überwiegende Teil der Arbeiter der

Manipulation anheimgefallen war, dann konnte nicht ausbleiben, daß man sich von der direkten Attacke gegen diesen Apparat den Sturz des Kapitalismus erhoffte.

Der augenscheinlich massenfeindliche Charakter dieser bürgerlich-idealistischen "Theorie" führte zu folgenden Trugschlüssen: daß es möglich sei, allein mittels anarchistischer Aktionen diesen Staatsapparat zu zerschlagen; daß durch "Propaganda der Tat" einer elitären Gruppe die Massen aus ihrem dumpfen Dasein "erweckt" und zur Revolution getrieben werden könnten; schließlich, daß zwischen Kapitalisten und Staatsapparat, zwischen den Bürokratien oder innerhalb derselben, zwischen Parteien, Gewerkschaften und Staat keine Widersprüche existierten, weshalb eine revolutionäre Taktik zur Ausnutzung dieser Widersprüche prinzipiell nicht möglich sei.

Obwohl diese "Theorie" nicht explizit vertreten wurde, waren doch Fetzen dieses Gedankengebäudes lange Zeit Bestandteil der "antiautoritären" Bewegung; ihren späten Niederschlag finden sie in solchen Aktionen wie der Plazierung eines Brandsatzes im KaDeWe (zum "autoritären Staat" gehört natürlich der "Konsumterror"), deren massenfeindlicher Charakter höchst evident ist.

b. FEHLER IM POLITISCHEN BEREICH

Der Studentebewegung trat der Staatsapparat in zwei Eracheinigungsformen entgegen: in Gestalt der Universitätsbürokratie und des Polizeiapparates. Unterblieb im Kampf gegen die Universitätsbürokratie der deutliche Hinweis darauf, daß diese nur einen äußerst begrenzten Ausschnitt des Staatsapparates repräsentierte, und daß infolgedessen der Universitätskampf nur in seiner begrenzten Funktion als Teil des umfassenden Kampfes gegen alle Teile des Staatsapparates zu begreifen war, so unterblieb im Kampf gegen die Polizei die genaue Untersuchung des Funktionswandels dieses Teils des Staatsapparates.

Beides, die unkritische Gleichsetzung von Universitätsbürokratie und Polizei mit dem gesamten Staatsapparat, und das Vorbeisehen an der Tatsache, daß die verschiedenen Teile des Staatsapparates jeweils bestimmte Instrumente zur Niederhaltung und Spaltung der Arbeiterklasse und aller revolutionären Teile des Volkes darstellen, war eine stillschweigende Übereinkunft in der Studentebewegung. Das Fortbestehen dieser Unklarheiten behinderte in starkem Maße die Diskussion über die politischen Möglichkeiten eines umfassenden Kampfes gegen den kapitalistischen Staat. Ließ die Arbeiterklasse als bloßes Abstraktum auftreten, verschloß die Augen vor der möglichen Vielfalt der politischen Kampfformen und beschränkte sich letztlich auf die Ebene der direkten Auseinandersetzung zwischen Intellektuellen und Polizei (bzw. Justiz).



S. 9

Das Aufkommen eines Polizeikomplexes, einer Fixierung am Polizei-Apparat und die Bärerung militärisch-technischer Einzelheiten der Konfrontation waren die Folge. Immer noch besteht daher die Möglichkeit der Ritualisierung von Kampfformen (man darf hinter eine bestimmte Aktion nicht "zurückfallen" o.a.) und damit die Erstarrung der politischen Bewegung.

Ordnen wir aber die erfolgten Konfrontationen mit der Polizei richtig ein, so wird deutlich: die ersten offensiven Aktionen gegen die Polizei waren deswegen notwendig und richtig, weil sie die Restriktion durchbrachen, mit der der Staatsapparat die sich entfaltende Protestbewegung der Intellektuellen belegen wollte. Die große Offensive am Tegler Weg (4. Nov. 68) war richtig, weil sie die Solidarität mit einem bedrohten Mitglied unserer Bewegung ausdrückte und von allen als Solidaritätsaktion gewürdigt wurde, weil klar war, daß es sich um eine taktische Offensive innerhalb einer Defensiven handelte, weil sie zeitlich und örtlich deutlich begrenzt war.

Die Big-Lift-Demonstrationen waren richtig, soweit sie als Solidaritätsaktionen für die verschleppten Genossen angesehen wurden. Falsch war in diesem Zusammenhang, sich am Pokerspiel um den Westberliner Status zu beteiligen und die handelnden Massen zum Kalkül juristischer Spielereien zu machen. Ebenso falsch war es, über den richtigen Kern dieser Aktionen hinwegzugehen und zu rabehlieren. (rabehlieren = an einer Aktion teilnehmen, seine Bedenken nicht äußern, anschließend die Aktion und die beteiligten Genossen denunzieren, aus Schimpferei und Denunziation neue Kraft für neues opportunistisches Verhalten schöpfen).

Für künftige Konfrontationen mit dem Polizeiapparat sollte deshalb folgendes gelten:

- + taktische Offensiven müssen deutlich und für jedermann erkennbar in ihrem Stellenwert im Klassenkampf ausgewiesen werden;
- + die Möglichkeit der ritualisierten Anwendung von Kampfformen muß ausgeschlossen bleiben;
- + Militanz darf nicht zu einem abgehobenen Begriff werden, sondern muß politisch begründet sein.

c. FEHLER IM ORGANISATORISCHEN BEREICH

Daraus, daß sich weder der SDS noch irgendeine andere Gruppe offen zu ihrem Führungsanspruch innerhalb der linken Bewegung bekannte, resultierten die Fehler in organisatorischer Hinsicht. Die meisten direkten Aktionen wurden auf Massenveranstaltungen beschlossen, innerhalb kurzer Zeit ausgeführt, und im Anschluß daran in fälscher Weise kritisiert (wenn dies überhaupt geschah). Eine Führung, die sich nicht zu erkennen gab, oder bisweilen überhaupt nicht existierte, konnte weder kritisiert werden noch Selbstkritik üben. Eine Führung, die sich ihrem Führungsanspruch nicht stellte, konnte keine verbindlichen Anweisungen geben, noch konnte sie als taktische Zentrale fungieren.

Eine Vorbereitungsgruppe, die keine feste Organisationsstruktur besaß, konnte für Fehler nicht verantwortlich gemacht werden, seien sie nun theoretisch oder politisch gewesen. Fanden öffentliche Kritiken von Massenveranstaltungen statt, so verließen sie im Stile therapeutischer Sessions, in denen sich einzelne gegenseitig ihre Militanz bestätigten oder in denen eine technizistische Kritik vorgetragen wurde. Zu einer gründlichen politischen Auseinandersetzung über bestimmte Aktionen kam es in den wenigsten Fällen - organisatorische Konsequenzen konnten nie gezogen werden. Welches sind die Auswirkungen dieser Fehler heute?



Der Aufruf der Basisgruppe Zehlendorf,

Der Aufruf der Basisgruppe Zehlendorf, für das von Bomben zerstörte Nordvietnam zu spenden, hatte 1 815,- DM eingebracht.

Die Sammelaktion während der letzten Vietnam-Demonstration hat noch einmal 286,53 DM eingebracht.

Macht zusammen: 2 095,53 DM

Da auf dem letzten Teach-in für die Black Panther Party gesammelt werden sollte und wir zuerst nicht genau wußten, wie wir das Geld angemessen verteilen sollten, haben wir (in Anbetracht der Tatsache, daß die Summe sowieso nicht so hoch ist) den Betrag geteilt.

Wir haben 1 000,-DM der K. Röhre für die B.P.P. überwiesen und 1 000,-DM werden der Botschaft der DRV in Ostberlin übergeben. Die restlichen 95,53DM werden wir für die Vorbereitung der nächsten Vietnamdemonstration verwenden.

BGZ

suche für sofort Genossen für 5 Zimmerwohnung in Kreuzberg, Wartenburgstr. 1 zu erfragen, Großbeerenstr. 88-89 bis 19⁰⁰ Gartenhaus Verein für Kindertheater

Für 130,-DM nach London via Hamburg (Bahn/Schiff/Bus)

Abf. 8.2., Rückk. 15.2.70

Unterkunft + Frühstück in London ab 12,-DM.

Schüler- bzw. Studentenausweis erforderlich

Information+ Buchung:

M. Neumann, 1-45,

Kormacserstr. 8

TEL: (b.17^h tgl.) 773 60 61

Da keine erkennbare taktische Zentrale vorhanden ist, sind Einzelaktionen von Individuen oder kleinen Gruppen unvermeidlich; diese Individuen und kleinen Gruppen stehen in keinem großen politischen Diskussionszusammenhang, können nicht kritisiert werden und wohl auch kaum eine wirksame Selbstkritik üben. Ihre Aktionen sind daher weder vorher noch nachher politisch zu kontrollieren oder auch zu kritisieren. Dies ist der Zustand terroristischer Handwerkelei. Wie können all diese Erscheinungen beseitigt werden?

Bevor wir diese Frage behandeln, müssen wir eine Kritik der vergangenen Justiz-Aktionen vornehmen und daran anschließend eine Einschätzung konkreter Möglichkeiten des weiteren Kampfes gegen den Staatsapparat geben; Dabei müssen wir berücksichtigen, daß die Studentebewegung in eine neue Phase des Kampfes eingetreten ist, in der die Auseinandersetzungen an den Universitäten und Hochschulen nicht mehr die Hauptseiten des revolutionären Kampfes ausmachen.

(wird fortgesetzt)

USA = SA = JA = 35 = 5

Eine konkrete und präzise Analyse der politischen Lage in

TÖPFEREI

**TÖPFE TIEGEL TASSEN
 MÖTZEN RINGE GEHÄCKTE
 MOMMSENSTRASSE 3**

LAUTSPRECHER-ANLAGEN BILLIG!

**L.B.: ANLAGE, BELIEBIG KOMBINIERBAR, BESTEHEND AUS:
 SCHWACHDRUCKKAMMERLEISTUNG: JE 10 W, 80 W VERSTÄRKERANLAGE,
 MIKROFON U. KARTELL - RADIOS UNFERNHÖRER, METER, NETZUNWÄHRIG
 DK 1 0 0 0. - (GEWINNSPREIS) *
 VERSTÄRKER AUCH EINZELN LIEFERBAR (20 U. 40 W.)
 ANFRÄGE UNTER ZIFFRE: *LSX/FI* AN = 883 ***

den USA kann dieser Bericht nicht liefern, aber er soll dazu beitragen, den Genossen, die nur wenig Informationen über die inneren Verhältnisse in diesem Land haben, etwas mehr zu vermitteln.

Die Arbeiterbewegung, in den 20er 30er Jahren durch Unternehmern, Polizei und Privatbullen permanent verfolgt und bekämpft, erlitt damals schwerste Verluste. Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeiterführer und verdächtige "Rote" wurden gejagt, verhaftet oder einfach ermordet. Die aus dem Süden kommenden Massen der Arbeitslosen wurden erbarmungslos ausgebeutet, verhungerten zu tausenden, während ein durch anerkannte Spielregeln legalisierter riesiger Diebstahl begann. Großgrundbesitzer, die 1 Mio. Morgen Land besaßen, hielten sich eine Privatpolizei, die das Recht hatte, jeden zu erschießen, der auch nur eine Apfelsine anfasste.

An diesen sozialen Verhältnissen hat sich bis heute strukturell nichts geändert; ein paar punktuelle Verbesserungen können darüber auch nicht hinwegtäuschen. Das System der Ausbeutung, Rassendiskriminierung und Manipulation ist nach wie vor das gleiche.

Die jungen Amerikaner, auch die ärmsten, lernen, daß jeder es schaffen kann hochzukommen, daß die meisten Millionäre früher Schuhputzer oder Zeitungsjungen waren und dergleichen kapitalistischer Zweckklügen mehr. Jeder Schultag beginnt mit einem Schwur auf das Sternenbanner, und es mehren sich die Fälle, bei denen 10 bis 12 jährige Kinder vor Gericht stehen wegen Eidesverweigerung (aus Protest gegen den Vietnam-Krieg) und auch bestraft werden.

Die Kommunikation zwischen den Jugendlichen wird täglich komplizierter, da ihre Verhinderung von den Herrschenden systematisch gefördert und betrieben wird. Man lernt sich nur noch im College oder der High School kennen, abends sind kaum Leute zu Fuß auf

der Straße oder öffentlichen Plätzen um zu kommunizieren oder zu diskutieren.

Während auf den Straßen nur noch Angehörige des Lumpenproletariats oder Ghettobewohner zu sehen sind, sitzen die jungen Leute in ihren Autos und strahlen sich auf riesigen Parkplätzen gegenseitig an, die obligaten Hamburgers werden im Auto verzehrt, Filme sieht man sich prinzipiell nur vom Auto aus an oder zu Hause auf dem Fernsehschirm.

In den Vierteln der weißen Kapitalisten patrouillieren nachts private von den Reichen bezahlte Bullen, und Neger oder andere Verdächtige müssen ständig damit rechnen, dort einfach über den Haufen geknallt zu werden.

Die Gebäude und Parks dieser Leute sind mit elektrischen Zäunen umgeben und werden besser bewacht als mittelalterliche Zwingburgen. Permanent fahren Bullen in den Straßen der Ghettos herum, eine Hand am Steuer, die andere hält lässig das erhobene Gewehr, jeden Gegner des Systems bedrohend.

Fast täglich werden neue Bürgerkomitees und Polizeivereine gegründet, die den Schutz des Privateigentums und des Vaterlandes vor Anarchie und Kommunismus auf ihre Fahnen geschrieben haben; sie horten Waffen und machen Schießübungen auf schwarze "Pappkameraden". Ihre Kinder werden erzogen im Haß gegen Afroamerikaner, Asiaten und die "roten" Todfeinde, "die uns alles wegnehmen wollen und unsere Frauen und Töchter vergewaltigen".

Untersuchungen haben ergeben, daß außer in den Ghettos der Metropolen hauptsächlich in den Südstaaten Millionen arme Schwarze und Weiße unter unmenschlichen Bedingungen vegetieren, "wie man das sonst nur aus Lateinamerika gewohnt ist".

Für den faschistischen Senator Strom Thurmond oder den Reaktionsärz Agnew freilich sind das alles nur Lügen und kommunistische Hetze. Aber im reichsten Land der Welt sind die sozialen Gegensätze und Widersprüche heute stärker

denn je. Die radikale Linke wird verfolgt, die Black Panthers müssen täglich mit ihrer Ermordung durch die Polizei rechnen, in den Gefängnissen und militärischen Haftlagern schmoren tausende Kriegsgegner. In den Metropolen ziehen sich die revolutionären Gruppen in Gebäude zurück, die durch Gitter und Bisenbüten geschützt sind, und trauen sich nur noch ab und zu auf die Straße. Die Angst vor der brutalen Polizei, die zuerst schleift und dann fragt, und vor den schwerbewaffneten Rechtsextremisten ist allgegenwärtig.

Die Isolation einzelner Gruppen und Genossen ist fast perfekt, jede praktische Durchbrechung dieser schlimmen Situation wird mit verstärkter Repression von der Polizei beantwortet. Armee und Nationalgarde üben permanent den Antiguerrillakrieg in den Metropolen, und es ist sicher, daß wenn es nicht ihre eigene Verunsicherung bedeuten würde, die herrschende Klasse schon längst die Bombardierung der Ghettos befohlen hätte.

Besondere Beachtung verdient noch die Opposition gegen den Vietnamkrieg. Was dort teilweise an den M-Days geschah, als beispielsweise Demonstranten Luftballons fliegen ließen etc., ist eigentlich eine ziemlich traurige Angelegenheit. Die Masse dieser Demonstranten ist zwar für "Frieden in Vietnam", vermag das aber nicht zu konkretisieren und "Für den Sieg des Vietcong" zu rufen. Es ist klar, daß diese Leute von der Kennedy- und McCarthy-Clique hinteres Licht geführt werden und keinesfalls potentielle Genossen darstellen.

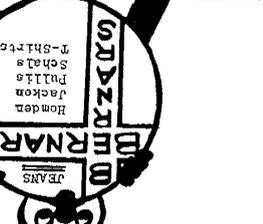
Der Protest gegen den US-Völkermord in Vietnam wird auch in den USA in der Hauptsache von den radikalen und militanten Gruppen der neuen Linken, wie beispielsweise Young Socialist Alliance, Progressive Labour, SDS oder Black Panther Party geführt. Alles andere ist liberale Augenwischerei oder sentimentalere Pazifismus, was in der jetzigen Situation eher schädlich als nützlich für die sozialistische Bewegung ist.

**ALTKLEIDER
 PELZIGES
 HASCHIGES
 SCHMUCK**
APPLEROYCE
 Jeöffnet zw. 14.00 und 18.30 Uhr!
 Schwerinstr. 11 (am Nollendorfp.),
 Tel. 216 71 21.

GO-IN
 Ein Forum für Aktive
 TEL. 881 32 18
 BLEIBTREUSTRASSE 117
**FOLKLORE
 CAFE-THEATER
 GALERIE**
 LYRIK FILMCLUB



**Was bedeutet
 Werkschutz
 in
 Westdeutschland**



Bei dem Begriff Werkschutz assoziiert der unbefangene, unaufgeklärte Bundesbürger automatisch so prekäre Situationen wie Brände oder Explosionen im Großbetrieb und der Fabrik. Kaum einer ist in der Lage, Aufgabe und Funktion des Werkschutzes in der Klassengesellschaft der BRD konkret zu definieren.

In der Tat handelt es sich bei den Werkschutzgruppen um nichts anderes als um eine private Polizei der Unternehmerräuber, die primär dazu ausgebildet wird, als Streikbrecher zu fungieren, unliebsame, linke Kollegen zu bespitzeln und zu denunzieren, Gozillas zu spielen für die High Society der Unternehmerrhiorarchie.

Die Mitglieder des Werkschutzes, die an Waffen aller Art geschult werden, sind zumeist Angehörige der untersten Schicht der Lohnabhängigen und beweisen damit ganz klar Karl Marx' These von der Unzuverlässigkeit und der potentiellen Anfalligkeit des Lumpenproletariats für die Konterrevolution.

Wir verdanken es in erster Linie dem Kölner Journalisten und Publizisten Günther Wallraff, über die Funktion des Werkschutzes als Hilfstuppe für Polizei, Bundeswehr und Grenzschutz Bescheid zu wissen. Ihm gelang es nach schwierigem, taktischen Recherchieren, genaue Daten über Aufbau, Aufbau und Bewaffnung dieser konterrevolutionären Soldnerbunde zu erheben.

Die volle Chance der neuen Linken besteht zunächst darin, systematische Genossen in die Gruppen der Werkschutz einzuschleusen

1. noch für unsere Agitation und Aufklärung ansprechbare Werkschützer auf unsere Seite zu bringen, und
 2. bei relevanten Ereignissen (politischen Streiks, Fabrikbesetzungen etc.) die konterrevolutionäre Arbeit der einzelnen Werkschutzgruppen zu verunsichern und eventuell zu verunmöglichen.
- Primär wichtig ist es auch, permanent neue Informationen über Methoden und Arbeitsweise des Werkschutzes zu erhalten.
- Nur so werden wir in der Lage sein, bei spontanen Aktionen der lohnabhängigen Massen unsere Strategie richtig zu bestimmen.
- Mit sozialistischen Grüßen
 W. Olles

**DIE SIEGREICHEN DREI AUS AMERIKA
 LEE - LEVIS - WRANGLER**
JEANS-SHOP
 KANTSTRASSE 154A ECKE FASANENSTRASSE 11/113

Tina Putt
 »Zur Wanne«
 Expressionsstärke, Knäpfe, seltene Exotik
 Schmalzestullen und feine Suppen, Altbiere
 No. u. Di. Muscheln f. 2,-
 1 Berlin 31
 Holsteinische Straße 17
 Telefon 86 21 93
 Geöffnet von 19.30-5 Uhr

**EXKLUSIVE PIZZA UND VINO GIBT'S IM
 SAN MARINO**
 SAN MARINOSAVIGNANPL.
 PIZZERIA
 1 BERLIN 41
 RHEINSTR. 54

annapam
 DAHLEM-DORF KÖNIG-LUISE STR.40
 U-BAHN A 88,10,11
 NEBEN JURGENS BUCHLADEN

WIRTSCHAFTSBEREITUNG
 BERLIN 41
 RHEINSTR. 54
 KUNSTWERKE
 PLAKATE
 KUNSTWERKE
 BERLIN 41
 RHEINSTR. 54

Buchhandlung
 Karin Röhrebein
 INTERNATIONALE LINKE PRESSE
 POLITIK & SOZI
 tel 881 46 59

Eva's POSTER SHOP
 KRIMSKRAMS
 POSTER
 BILDER
 Polit-Poster ab DM 4,-
 Russische Rev. u. 4,50
 Plakate ab DM 2,50



Christian Enzensberger läßt sich ein

Der Literat Christian Enzensberger hat den ihm verliehenen Bremer Literaturpreis abgelehnt. Der Preis beträgt 10 000,- DM.

Enzensberger hat seine Ablehnung in einer von eleganten Metaphern gezielten Erklärung begründet; und sie erteilt beispielhafte Auskunft über die Sorgen, mit denen sich ein kleinbürgerlicher Intellektueller die Zeit vertreibt.

Er fürchtet, daß auf ihn "im Bedarfsfall hingewiesen wird mit dem Ausruf, was habt ihr eigentlich, ihr reißt doch, wie unser Geisteswesen blüht". Fürchtet, daß den Eindruck blühenden Geisteslebens "um so mehr erweckt, je mehr man sich überhaupt einläßt auf diese Literaturpreise". Deshalb möchte er sich "nicht einlassen", sagt er und bemerkt zugleich erschrocken: "Ich bin ja schon dabei, mich einzulassen, indem ich dauernd sage, warum ich mich nicht einlasse."

Der Luxus, sich solche Sorgen

leisten zu können, braucht seine materielle Basis. Enzensberger erklärt freimütig, daß er über sie verfügt: Er kann auf den Preis verzichten, weil er "nicht unbedingt das Geld braucht".

Indem eine Reihe Intellektueller das Geld der ihnen verliehenen Preise sozialistischen Organisationen zur Verfügung stellen, reagieren sie realitätsförmig auf die Preisverleihungen. Sie unterstützen den Kampf der Bewegung und schätzen zugleich ihre Rolle in diesem Kampf richtig ein.

Während andererseits die Verteilungskosten in politischen Zeitschriften auch mit jenem Geld gedeckt werden, hat der LfJ Christian Enzensberger, der auf nichts einlassen möchte, dem Senat der Stadt Bremen 10 000 DM gestiftet.

Die Literaturpreisverteiler weisen auf ihn hin und rufen aus: Was habt ihr eigentlich, ihr seht doch, wie unser Geistesleben blüht!

KOLLEKTIV GRAFIK

Plakate, Handzettel, Karten im Hochdruck (Buchdruck, Holzschnitt), Siebdruck, Tiefdruck, Radierungen, Holzschmitte und Handzeichnungen aus der Werkstatt.

Telefon 852 49 18
 Plakate, Handzettel, Karten im Hochdruck (Buchdruck, Holzschnitt), Siebdruck, Tiefdruck, Radierungen, Holzschmitte und Handzeichnungen aus der Werkstatt.

Reichskabarett

1.-15. LUDWIG-KIRCHSTR. 6. Tel. 881 08 17, 2821. a.B. Mo. 20.00

BERLINER FILM-COOP JEDEN MONTAG 20 u. 23 Uhr

MIETEN IM MV

Aus dem Märkischen Viertel werden täglich kinderreiche Familien aus ihren Wohnungen herausgesetzt. Von den Baugesellschaften (GEWO-BAG, NEUE HEIMAT, GESOBAU usw.) wurden die Wohnungen im Rahmen des "SOZIALEN WOHNUNGSBAUS" errichtet. Der Staat, die Länder und Gemeinden gaben ihr Geld für dieses Projekt aus. Ebenso die Gewerkschaften. Was ist jedoch aus dem geworden, was so ernstlich als sozial Wohnen bezeichnet wurde. Die soziale Art äußert sich in den hohen Mieten. (2 Zimmer, Küche und Bad kosten im Durchschnitt 250 - 300 DM) Meist sind die Häuser oder besser gesagt "Wohnghettos" sehr weit außerhalb der Stadt, und die Fahrverbindungen sehr schlecht und zusätzlich auch teuer, so daß sich noch eine ganze Summe zusätzlich auf das Mietgeld schlägt. Den Mietern des neuen Bezirks eröffnen sich neben dem Wohnproblem auch andere schwerwiegende Probleme. Z.B. Wo kann ich mein Kind in einen Kindergarten schicken oder in welche Schule schicke ich mein Kind? Durch eine ausgesprochene Fehlplanung ist es dazu gekommen, daß es keine Kindergärten, Spielplätze usw. in ausreichendem Maße gibt. Die Situation im MV ist so katastrophal, daß die Kinder in eine Schule im Wedding gehen müssen, da es im heimischen Bezirk unmöglich ist, die Kinder zu unterrichten.

Die Wohnlage. Das diese Wohnsiedlung so weit entfernt ist, das liegt mit dem Geländepreis zusammen. Da dieser gemessen zum Preis in anderen Bez. sehr billig ist, kann man mehr daran verdienen. Anstatt die Mieten zu senken, denkt der (die) Bonzen nur an den Profit. Das beste Beispiel: In einem Wohnblock wohnen ca. 25-30 Familien die ca. 250,- DM im Monat bezahlen. Das macht im Jahr ca. 7500 DM. Folglich hat der Bau sich in 4-5 Jahre amortisiert.

Kann ein Mieter seine hohe Mieten nicht punktlich oder auch nicht bezahlen, so wird er ohne Rücksicht auf die Umstände mit Hilfe der Klassenjustiz aus der Wohnung geschmissen. Dies ist meist nur eine Frage der Zeit, und dann bleibt nicht viel übrig, als in ein Obdachlosen Asyl einzu ziehen.

KREUZBERGER
BUCHLÄDEN

1-11, Hornstr. 20, Großbeeren
ca. 1000 St.

LEIERKASTEN
JAZZ • FOLKLORE

Neuer
Bass!

BESTELL Schein

Quartal 10.-
 20.- DM

Name.....

Anschrift.....

Ab 883-Nr.....

Datum.....

(Unterschrift)

Unser PSchKto.:
 Gruppe A 221 241 BlnW.

Teestube

Galante Galanterie
BAYREUTHER K.G.

13. BERTHOLD
STR.

Warme Küche
Zwiebelsuppe.



SELBSTKRITIK DER 883

zur Nr. 45:
 „Internationalismus“ +
 „Brief an die FNL“

Der alte nicht unaufhebbare Widerspruch zwischen nationalem und internationalem Klassenkampf ist in den letzten Diskussionen im Zusammenhang mit den Vietnam-Demonstrationen von neuem aufgetaucht. Dieses Problem macht sich jetzt konkret fest an den zum Teil auch diffusen Widerständen mancher Betriebsgruppen gegen großangelegte internationalistische Kampagnen. Wie absurd dieser Problem Übergang werden kann, zeigt der Bericht des Vietnamkomitees über die letzten Demonstrationen: Wie leicht es einigen Genossen fallen muß, für den abstrakten idealistischen Internationalismus, der für die anti-autoritäre Studentenbewegung historisch wichtige Funktionen besaß, heute einen abstrakten "proletarischen" Internationalismus zu setzen zeigt der Satz des Vietnamkomitees: "Eine andere Haltung... zeichnet sich dadurch aus, daß man die internationale Solidarität und die damit verbundenen Aktionen nur unter der Frage sieht, ob sie eine vorhandene Organisation stärkt oder nicht." (!) "Ein solcher Zynismus gegenüber den vietnamesischen Genossen ist in der Geschichte der Westberliner Linken beispiellos."

Nirgendwo versuchen die Verfasser die Ursachen der Schwierigkeiten in der praktischen Betriebsarbeit materialistisch zu erfassen, um die Veränderbarkeit gewisser provinziellistisch betrieblich-beschränkter Aspekte der politischen Arbeit im Produktionsbereich aufzuzeigen.

Diese zynische "Kritik", d.h. die idealistische Aufforderung zur Einsicht in eine Notwendigkeit, an Gruppen, die in politisch definierten Bereichen arbeiten, findet ihre groteske Ergänzung in der voluntaristischen "Pflicht der organisierten Genossen, sich mit solchen spontan entstehenden Gruppen zusammen zu schließen, (z.B. 500-junge Genossen, die geschickt in der Innenstadt manövrierten, sich aber nach einiger Zeit wieder auflösten) und mit ihnen langfristig organisiert zusammenzuarbeiten." Diese abstrakte Forderung wird ihre Unverbindlichkeit erst dann verlieren, wenn das Vietnam-Komitee seine Möglichkeiten abklärt, nicht nur die Kritik auf ihre Kritiker zurückfallen zu lassen, sondern einerseits überprüft, unter welchen Bedingungen Kader in die Betriebsgruppen gehen können, um die Internationalismus-Frage in der praktischen Betriebsarbeit zu untersuchen und einzubringen. Andererseits, wie auf Demonstrationen und Teach-ins kurzfristig mobilisierte Lehrlinge und Jungarbeiter erfaßt werden können: z.B.

1. Problem von Agitationskadern
2. Schematische teach-ins und Seminare für Lehrlinge.

Über diese praktischen Rekrutierungsmaßnahmen ergeben sich notwendig inhaltliche Beziehungen zu den Betriebsgruppen.

Die ausführlichen parade-technischen Erwähnungen, in diesen Internationalismus-Beitrag finden ihre Fortsetzung in einem hochpathetischen Brief an die FNL, der von der vom Vietnam-Komitee veranstalteten "Kampf-Demonstration" berichtet, wird der Grad an Militanz euphorisch verfälscht, wenn davon gesprochen wird, daß die Demonstration trotz des massiven Polizeiaufgebots "dennoch auf einer 6 km langen (von der Polizei vorgeschriebenen, teilweise völlig unbewohnten) Route von Moabit zur Innenstadt zogen. Die Massen wehrten alle Versuche der Polizei ab, den Demonstrationenzug in leere Nebenstraßen abdrängen zu lassen."

Ein solcher Internationalismus, der in dieser undialektischen Weise eine behaltene Anpassung an einen bestimmten Sprachstil ohne von der Dialektik getragene Information ausländischer Genossen voraussetzt, wird versandt.

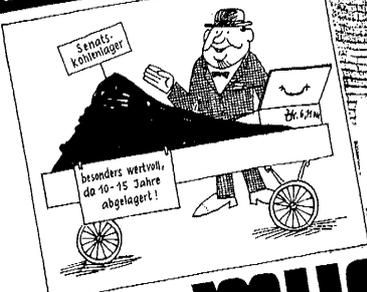
Genossen, die beiden Artikel zwingen uns zur Selbstkritik, da sie praktisch von Redaktionskollektiv undiskutiert einfach genommen und abgedruckt wurden.

Frei gewordene Wohnungen werden zu einem noch höheren Verkaufspreis vermietet. Bis zur nächsten Kündigung ist es bestimmt auch nicht anders. Weil von den Parteien oder anderen Institutionen ist in absehbarer Zeit auch keine Hilfe zu erwarten.

Durch Anschluß an eine schon bestehende Mieterinteressengemeinschaft oder einen Zusammenschluß aller Mieter, kann dem sozialrechtlichen Verhalten der Baugesellschaften und der Stimm geboten werden.



Das wird ein Geschäft,
das bringt noch was ein...



OMA MUSS 7 WOCHEN WARTEN



In "unserem freien" Berlin schwindet der Unterschied zwischen erkälten und erkalten immer mehr. Der Unterschied schwindet und es wächst der Verdacht, daß zwischen Kohlenbergen und Sargtapseln ein direkter Zusammenhang besteht.

An einer wegen Kohlenmangel geschlossenen Brennstoffhandlung hing jetzt ein Schild: "Wir wünschen allen unseren Kunden ein schönes Fest und ein gesundes Neues Jahr. Ein böser Hohn. Die Kunden lagen mit Grippe im Bett und froren. Auf dem Postamt Charlottenburg zerteerte eine alte Frau mit einem Beamten, der sie aus der Schalterhalle hinauskomplimentieren wollte: "Ich bleibe hier, hier ist es wenigstens warm!" In den Zeitungen konnte man in irgendwelchen verschämten Winkeln lesen, daß die Kohlennotdienste der Parteien in den Wohnungen alter Berliner "erschütternde Zustände" angetroffen hätten. Niemand sagte, wie Krankheit, Armut und Not konkret aussehen. Niemand schrieb über Ausmaß und Ursachen. Niemand sagte, wieviele der weit über 1000 Toten, die im Dez. über die übliche statistische Ziffer hinwegstarben, diesen Umständen zum Opfer fielen und nicht dem gern zitierten "General Winter".

Die in diesen Wochen in Berlin an Krankheiten und der Kälte verreckten, waren die gleichen Berliner, die in der Blockadezeit durch ihre "heroische Haltung" mitgeholfen haben, daß sich hier eine kapitalistische Gesellschaftsform wieder festsetzte mit einer Regierung, die mit den Parolen des "Kalten Krieges" eine Politik betrieb, die direkt - als eine ihrer zahlreichen Krisenformen - in den Kohlenkandal dieses Winters mündete.

Vor Weihnachten bis weit nach Neujahr meldeten die Presse und die Nachrichten des Rundfunks außer Räubergeschichten von Schiffsklaw und Flugzeugentführungen oder militärischen "Anekdoten" aus Vietnam und Nahost auch, daß in der DDR die Kohlen knapp seien. Nun ja, die sattem bekannten Schaugeschichten über den Zusammenbruch der "kommunistischen Mißwirtschaft".

Als es aber auch hier nicht mehr zu vertuschen war, daß die Berliner an ihren Öfen erkalteten, fing die "freie Presse" wieder einmal an, das Spielchen mit dem Schwarzen Peter zu spielen. Die Betroffenen (40% der schrumpf. 2 Mill. Bevölkerung) waren aber diesmal nicht so einfach einzulullen. Die sonst so bewährte Methode, mal diesem mal jenem die Schuld zuzuschreiben (Der Handel beschuldigte den Senat, der Senat den Handel) mit ihrem ganzen unentwirrbaren Wust aus darauf folgenden Erklärungen und Dementis verfiel nicht mehr.

In der Berliner Abendschau sagte eine Frau voller Erbitterung: "Meine Mutter ist 83. Wir haben keine Kohlen mehr. Jetzt bietet uns der Senat seine Bruchkohle an und die Briketts aus der DDR enthält er uns vor. Heute habe ich einen Eimer Steinkohle bekommen. Das wird das alles erleben müssen." Die Wut der Berliner war allgemein.

Um den Zorn der Bevölkerung aufzufangen und aus Angst, daß man ihnen ihre Lügenblätter um die Ohren haut, brachten die Zeitungen neue "Enttüllungen" über die Ursachen. Es geschah aber auch anders: Die BZ schrieb zum ersten Mal bei der Erwähnung der einrollenden Kohlenzüge aus dem "kommunistischen Machtbereich" DDR ohne Haszfüßchen. Der fette CDU-Bonze Schmitz übte

heuchlerisch für ein Stündchen die Tätigkeit aus, die er nach der Revolution wird täglich tun müssen - er schleppte mit anderen "Volksvertretern" Kohlen vom Waggon. Und die "Leichenbestatter verbreiteten die Parole ihre vielen hundert Särge aus Garagen, Gewächshäusern oder stillgelegten Schwimmbädern auf dem John-F.-Kennedy-Platz zu stapeln.

Der einzige, der in dieser Situation klarsah und die Übersicht behielt war natürlich der "Regierende". Der Mann mit den stets zu großen, nie drückenden Schuhen sagte: "In Berlin wird es auch in diesem Jahr keine Krise geben."

Doch was haben denn jetzt die Zeitungen enthüllt? Das es Briketts gab in Berlin, während die Leute froren, wußte jeder. Man las von Senatsbevorratung und riesigen Halden eingelagerter Kohlen. Jetzt kamen aber auch Zahlen ans Tageslicht. 800 000 Tonnen liegen am Westhafen und anderswo herum. Aber neu war, der Senat hat kaum noch über sie zu bestimmen. Daß die Marionettenfunktion des Senats, die in allen politischen Fragen besteht, gegenüber den Alliierten auch in der Kohlenfrage besteht, blieb natürlich weiter im Dunkeln. Wer kann denn so eine kurze Formulierung in einem seitenlangen Artikel in der BZ richtig deuten wie diese: "300 000 (von den 800 000 Tonnen, die eingelagert sind, d. Red.) wurden von den Alliierten freigegeben". Was man aber erfuhr, war ein schönes Beispiel von der Abhängigkeit der Verzerrung und Hilflosigkeit der Regierung vom Großkapital. 6 Kohlengrößhändler halten ihre dicken Daunen auf die Kohlenberge. Sie ha-

ben sich in der "Arbeitsgemeinschaft Kohle" (AGK) zusammengeschlossen. Dazu gehören z. B. die "Vaubeke", die "Hedwigshütte" oder der "Senftenberger Kohlen- und Brikettvertrieb". Durch jahrzehnte alte Abmachungen mit der Senatspolitik fließt den Bossen in ihren ganzseitigen Dahlemer Villen ein Vermögen zu. Ohne einen Finger zu krümmen. Ohne einen Tropfen Schweiß

Die Sache wurde schon in den bösesten Zeiten des "Kalten Krieges" zwischen 1950 und 51 zur Zeit des Bürgermeister Reuters angezettelt. Damals befahlen die Besatzer dem Senat die riesigen Halden anzulegen. Der Kohlenhandel kaufte sie. Der Senat bezahlte. Der Großhandel bekam das Verfügungsrecht. Nur im Falle einer Blockade kann der Senat die Verteilung übernehmen. Für die Lagerung dieser Kohlen zahlt der Senat seitdem an die AGK pro Tonne monatlich 35 Pfennig. Dazu bekommt die Gesellschaft als Ausgleich für den jährlichen Wertschwund einen bestimmten Prozentsatz gutgeschrieben.

Nach dieser Vereinbarung gehören den 6 Geldsäcken inzwischen rund 60% der Ware. 60 Millionen Mark wanderten in ihre Taschen. Und wenn sie jetzt einen Zentner Briketts für einen etwas herabgesetzten Preis an den Kleinhandel abgeben, brauchen sie mit dem Senat nur noch 40% der alten Sätze abzurechnen.

Es ist für sie ein horrendes Geschäft, die alten vergrusten und mit Erde durchsetzten Kohlen zu verkaufen. Ein noch besseres aber, sie weiter zu lagern und durch eine Menge über Taktiken die Verteilung zu sabotieren. Getreu der von allen vom Kapitalismus getragenen Regierungen versucht der Senat jetzt wieder einmal auf der Welle der empörten Volksmeinung mitzuschwimmen, um mit den Großhändlern neue Verträge auszumuscheln.

Eines Tages aber bleibt der Senat und die ganze Kapitalistenklasse auf dem Berg ihrer Lügen sitzen.

